

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Dräuhausgasse 84.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/2 Uhr nachmittags.

Infektionspreis:

Die einseitige Millimeterzeile über deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2-88
Ganzjährlich 5-76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Wahlspruch:
Was wir begehren von der Zukunft Fernest
Dass Brot und Arbeit uns gerüstet seien,
Dass unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.
O. Hertwegh.



Soziale Lehren des Weltkrieges.

Einige sozialpolitische Reminiszenzen.

Neben den Greueln aller Art, die als unvermeidliche Begleiterscheinungen des Krieges Tag für Tag un'er Skulturgemissen beunruhigen, ist es eine der unangenehmsten Schattenseiten dieses kriegerischen Ringens, daß jetzt die Schwachköpfe und Querulanten in wahrer Reinkultur gedeihen. Und so ist es auch kein Wunder, daß jetzt der Arbeiterklasse gute, hochwertige und wohlmeinende Ratgeber in sich täglich mehrender Zahl erstanden sind, die da glauben, neue blendende Wahrheiten entdeckt zu haben, wenn sie aus den verstaubten Kumpellammern antiquierter Spießerweisheiten längst abgetane Schlagworte hervorholen, und alte Phrasen zu neuem Leben erwecken. Frohlockend verkünden sie, daß die Erfahrungen dieses Krieges manche Theorie gründlich widerlegt haben, und daß die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft in der Zukunft werde ganz gründlich umlernen müssen, was natürlich immer so viel heißt, daß, wenn erst einmal wieder das Leben seinen normalen Gang nehmen werde, die Arbeiterklasse zum Anhängel und zum Schwanz der bürgerlichen Parteien werde umgewandelt werden können.

Wir begreifen ganz gut, daß hier der Wunsch als Vater des Gedankens eine Sehnsucht lebendig werden läßt, die leider bisher allen Bemühungen in Friedenszeiten zum Trotz ungestillt bleiben mußte. Aber es fragt sich freilich, ob das, was nach diesem Krieg sein wird, und ob die Erfahrungen, die man während dieser schrecklichen Zeit sammelt und im normalen Zeitenverlauf wird verwerten müssen, gerade danach sein werden, daß unsere guten Ratgeber und erleuchteten Weltweisen von heute darüber besonders erfreut sein werden? Nur zu gerne geschieht es nämlich jetzt, daß man die Ursachen mit den Wirkungen verwechselt und Erscheinungen für funkelneue Erkenntnistatsachen ausgibt, die in Wahrheit eben nur das soziale und politische Leben widerspiegeln, wie es im Krieg und unter der Kriegszug für verläuft. Denn darüber dürfte sich jedermann, der nicht ein armseliger Stinckopf ist, im klaren sein, daß Kriegzeiten wahrlich für prinzipielle Auseinandersetzungen und politische und soziale Kritik am allerungeeignetsten sind, und daß insbesondere die oppositionelle Presse, die nicht den legendenhaften Brei aufstischt, im Krieg niemals die wahre und richtige Volksstimmung zum Ausdruck bringen kann. Man sollte sich daher wenigstens nicht in der Richtung der prinzipiellen und programmatischen Auffassung, der bisher die Arbeiterklasse huldigte, vorzeitig die Köpfe zerbrechen, ob irgendwie ein Anlaß vorliegt, die bisherige Denk- und Auffassungsweise zu revidieren, und ob gerade wir es sind, die nach diesem Krieg werden umlernen müssen.

Freilich, gelehnet soll keineswegs werden, daß das Umlernen nach einer anderen Richtung nötig sein wird und im gewissen Sinne auch heute schon begonnen hat. Die Ansichten, die man nämlich über die Wirkungen der Sozialreform vielfach hatte, mit der sich die Arbeiterklasse so redlich geplagt und abgemüht hat, haben sich nämlich gerade in bürgerlichen Kreisen unter den Erscheinungen, die der Krieg zeitigte, bis jetzt schon sehr bedeutend und sehr wesentlich geändert, und falls das Umlernen, das auf diesem Gebiet so schön begonnen hat, noch weiter folgerichtig weiterstreitet, dann wird wenigstens auch in dieser Richtung der Krieg eine gute und vorteilhafte Wirkung ausgelöst haben. Gleichsam über Nacht hat nämlich der große Krieg auch in bürgerlichen Kreisen Ansichten und Lehrmeinungen über den Haufen geworfen, die vordem als unantastbare Postulate wissenschaftlicher Sozialpolitik gegolten haben, und die von den Kapazitäten der Sozialwissenschaft zusammengetragen und in den verschiedenen Unternehmerzeitschriften nutzbringend ver-

wendet wurden. In der Arbeiterfürsorge, wie sie in den letzten Jahren zum Teil durchgeführt und zum Teil zu den Gegenwartsforderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse erhoben worden war, sah man nämlich vielfach die auf die Dauer unerträgliche Belastung für die Industrie und die gesamte Volkswirtschaft, die bei den eingeschlagenen sozialpolitischen Wegen einfach nicht gedeihen können und die den fortschreitenden Arbeiter schutz mit einem eben so raschen Niedergang bezahlen müssen. Männer der bürgerlichen Wissenschaft, wie der Breslauer Nationalökonom Professor Dr. Ludwig Pohle, wiesen mit „schlagender Begründung“ nach, daß die nationalökonomische Wissenschaft, seit sie die alten bewährten Bahnen verlassen habe und dem Kathedersozialismus verfallen sei, mehr und mehr den Charakter der eigentlichen Wissenschaft verloren habe. In seinem gerade heute lebenswerten Buche: „Die gegenwärtige Krise in der deutschen Volkswirtschaftslehre“ vertritt Pohle kurzweg den Grundsatz, daß es heute vorwiegend politisches Interesse sei, das zum Studium der Nationalökonomie dränge, die eine Modewissenschaft geworden sei. Und gegen den bekannten Nationalökonom Brenzano, der immer am linken bürgerlichen Flügel stand, wenn es galt, die Arbeiterfürsorge gegen den Widerstand der Unternehmer zu verteidigen, erhebt er den Vorwurf, „er steige auf das Niveau der politischen Diszussion herab“. Und Leute von bürgerlichem Gelehrtenruf wie Schmoller, Sombart und Max Weber sind gegen die deutsche Sozialreform und gegen ihre immer weitergreifenden Forderungen wiederholt mit den schwersten Vorwürfen aufgetreten, die sie als entwicklungsfeindlich und zur Verweichlichung führend beschuldigten. Daß man in Oesterreich diese offenkundige Reaktion, die in einem großen Teil wissenschaftlicher Vertreter der Sozialpolitik und Nationalökonomie immer deutlicher gegen die eingeschlagenen Bestrebungen staatlicher Arbeiterfürsorge sichtbar wurde, mit wohlmeinendem Verständnis begrüßte, ist an dem Verlauf der parlamentarischen Arbeiten der letzten Jahre wohl deutlich zu erkennen. Von besonderem Interesse ist es aber wohl, daran zu erinnern, daß noch knapp zwei Monate vor dem Kriegsausbruch die „Ostdeutsche Rundschau“ in einem angeblich „von einem reichsdeutschen Abgeordneten stammenden Artikel ausführte, daß die deutsche Reichsregierung mit der Ueber-treibung ihrer bisher den Forderungen des Kathedersozialismus folgenden Sozialpolitik in den schärfsten Gegensatz mit der Mehrheit des deutschen Bürgertums gerate“. Wörtlich führt dann das führende deutsch-nationale Blatt am 28. Mai 1914 in diesem Artikel aus:

Vor der fortschreitenden Sozialisierung des öffentlichen Lebens in Deutschland kann nicht genug gewarnt werden. Sie steht im schroffsten Gegensatz zu der Entwicklung der meisten anderen Länder, und sie fördert wider den Willen der in ihr das Heil erblickenden Politiker gerade das, was sie verhindern soll, das Wachstum der Sozialdemokratie. Die sozialistische Fürsorge in Ehren; viel, sehr viel ist auf diesem Gebiet geleistet worden; aber alles das hat nicht vermocht, die Sozialdemokratie auf den Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zurückzuführen, hat dagegen sozialistische Anschauungen in die weitesten bürgerlichen Kreise ge-

tragen. Zum großen Schaden des Reiches hat man an den maßgebenden Stellen die Warnung vor dem Paktieren mit den Bestrebungen sozialistisch beeinflusster Arbeiter, welche Fürst Bismarck so eindringlich in der Kronratsitzung vom 24. Jänner 1890 ausgesprochen hat, in den Wind geschlagen, und leider hat man bis in die jüngste Zeit an diesen Stellen nicht eingesehen, daß eine ungesund fortschreitende Sozialisierung unseres Staatswesens verwirrend wirken und notwendig ins Verderben führen muß. Vergeblich wurden seit vielen Jahren Bedenken gegen die vom Reichsamt des Innern geführte Sozialpolitik erhoben, die unter dem demagogischen Einfluß des Zentrums jene Spitze gegen die Arbeitgeber erhalten hat, deren Wirkungen fortgesetzt beklagt werden. Nicht Sozialpolitik an sich, nicht sozialitäre Fürsorge wird getadelt, sondern Ueberstürzung sozialpolitischer Maßnahmen und ihre Ueber-treibung zum Zwecke der Gewinnung der Arbeiter-sozialpolitik im Automobiltempo.“

Man muß diese Auslassungen, die die Stellung, wie sie immer prononzierter in den maßgebenden wissenschaftlichen und bürgerlichen Kreisen überhaupt Oberwasser bekam, heute mit um so mehr Nachdruck hervorheben, weil sie zur Beurteilung zu dem Kapitel vom „Umlernen“ geradezu unerlässlich sind. Wovon noch zwei Monate vor dem Kriege „nicht genug gewarnt werden konnte“, und was als „ungesund und zum Schaden des großen Deutschen Reiches“ hingestellt wurde, das ist bereits heute als ungeheuer wichtig und vorteilhaft nicht nur für die Arbeiterklasse allein, sondern für die gesamte Volkswirtschaft als eine wichtige Voraussetzung zum Kriegsführen erkannt und gepriesen worden. Von der Heeresleitung bis zu allen staatlichen Amtsstellen ist heute die Erkenntnis gedrungen, daß nur eine gesunde Sozialpolitik Kraft und Festigkeit zu geben vermag, deren ein Land auch zur Verteidigung seiner Grenzen bedarf. Damit ist jedenfalls ein Problem gegeben, mit dem sich die Arbeiterschaft wird überall beschäftigen müssen.

Der enge Zusammenhang, der zwischen einer durchgreifenden sozialen Fürsorgetätigkeit auf allen gesamtstaatlichen Gebieten und zwischen innerer Volkskraft besteht, ist eine Sache, die keinem vernünftigen und weitblickenden Sozialpolitiker fremd ist. Es kann sich daher auch durchaus nicht um die Entdeckung von neuen wissenschaftlichen Tatsachen handeln, um Erkenntnisgrundsätze, die vielleicht weniger praktisch erprobt und mit dem Geruche bloßer Stubengelehrsamkeit umgeben sind, wenn heute mit so viel Nachdruck darauf verwiesen wird, wie sich die deutsche Sozialpolitik, wie sie in den letzten Jahren betrieben wurde, glanzvoll in einer Weise bewährte, daß gleichsam dadurch dem Staatsganzen neues Blut und neue Lebenskräfte eingesfloßt worden sind. Aber die bloße Feststellung alter Witsenwahrheiten ist deshalb nicht weniger wertvoll, und der Hinweis darauf muß vielleicht gerade deshalb mit so starker Betonung geführt werden, weil das Umlernen, das heute bereits begonnen hat, vielleicht nur der Anfang zu einer neuen Ära sein soll, mit der allenfalls, wenn einmal dieser schreckliche Krieg vorüber sein wird, die neue Zeit eingeleitet werden kann.

Was nach diesem Krieg sein wird, und wie sich die Volkswirtschaft im allgemeinen entwickeln wird, darüber läßt sich gewiß heute schwer prophezeien. Es mag heute Leute geben, die unter dem suggestiven Einfluß der großen Weltereignisse meinen, daß die Einheit der Nationen, die unter dem Kriegsgewitter zusammenge-schweigt wurde, auch fernerhin werde aufrecht erhalten werden können und daß soziale Gegensätze durch ein gemeinsames Volksempfinden überbrückt werden können. Wir teilen diese Auffassung natürlich nicht, die sich, wo immer sie heute vorhanden ist, bald genug wieder wird als eine schöne Illusion erweisen, als eine Täuschung, die ebenso wie alle früheren sozialen Utopien unter der realen Macht ökonomischer Tat-

sachen zusammenbrechen wird. So wenig nämlich ein Krieg an Naturgesetze heran kann, so wenig vermag er die ökonomischen Grundgesetze des Kapitalismus zu ändern, dessen gesamtes inneres Wesen aus gegenfälligen Interessen und aus einander strickte entgegengesetzten Reibungsflächen zusammengesetzt ist. Beruht der Kapitalismus aber darauf, daß er eine Gesellschaft aus Klassen und Ständen zu Voraussetzung braucht, deren Bedürfnisse und Wünsche nicht einheitlich sein können, weil solches die ökonomische Verschiedenheit und wirtschaftliche Ungleichheit ausschließt, dann ist schlechterdings auch der wirtschaftliche Kampf so unvermeidlich, wie jede physikalische Wirkung im Naturganzen als Kräfteergebnis nicht ausgeschaltet werden kann. Die Frage, ob dieser sogenannte Bürgerfriede als ein bleibender Zustand anzusehen sei, ist daher erledigt. Anders aber steht die Frage schon, ob der soziale Fortschritt der Zukunft freie Bahn vorfinden wird, oder ob das Bett seiner Entwicklung auch weiterhin nach den Wünschen einzelner Interessengruppen durch die Gesetzgebung und staatliche Verwaltung eingengt werden soll. Wie sehr gerade dieser Kurs in den letzten Jahren im Deutschen Reiche Schule gemacht hatte, beweisen nicht etwa die zahlreichen sozialen Konflikte, die schließlich an Heftigkeit und Schärfe eher zu- als abgenommen hatten, an sich allein, und auch nicht die wiederholten Versuche der Unternehmerkorporationen, auf parlamentarischem Wege das Koalitionsrecht einzunehmen, sind dafür der einzige Beweis. Viel besser und anschaulicher wird dieses Bestreben illustriert, wenn die Anzeichen dafür aus wissenschaftlichen Kreisen kamen, aus Gruppen, denen man Sachlichkeit und parteilose Unvoreingenommenheit nicht absprechen konnte. Wie sah es nun damit aus? Auf dem letzten evangelisch-sozialen Kongress im Jahre 1912, der sich bekanntlich viel mit Arbeiterfragen und mit Fragen der Sozialpolitik beschäftigte, geschah es ganz allem früheren Verlauf entgegengesetzt, daß eine ganze Reihe von Stimmen laut wurde, die sich in nicht mißzuverstehender Weise gegen das „allzurache Tempo der Sozialreform“ wandten. Es klang damals wie eine ernste Mahnung zur Umkehr, als Professor Dr. v. Wiese wörtlich auf dem Kongress erklärte:

„Daß die alte formale Freiheit beschränkt worden ist, kann man nur billigen, denn es war eine Scheinfreiheit. Auch das System der Sozialpolitik ist solange nicht vom Uebel, wie es die politische und sittliche Freiheit nicht beschränkt. Die Beschränkung der Unternehmertätigkeit hinsichtlich der Arbeiter mochte eine Notwendigkeit sein, aber man unterschätzt vielfach die Bedeutung der Leistungen des Unternehmertums. Die wagende Initiative wird geschwächt, wenn die sozialpolitische Kritik rücksichtslos geübt und die Tendenz zum Staatssozialismus mit solcher kritiklosen Vorliebe begrüßt wird, wie es heute vielfach besonders auch in den deutschen Parlamenten geschieht. Gewiß fehlt es nicht an Herzenshärtigkeit und Machtgier unter den Unternehmern, aber man darf doch nicht vergessen, daß die rastlose Tätigkeit der Unternehmer auch den Arbeitern und allen anderen zugute gekommen ist. Mit der Organisation der sozialpolitischen Selbsthilfe, mit den Berufsorganisationen verschiebt sich bloß das Maß der Unfreiheit. Jede Gewerkschaft, jeder Standesverein verfällt über kurz oder lang der Zerstörung. Die Tendenz zur Maximalbemessung der individuellen Arbeitsleistung, die Forderung des Durchschnitts auf Kosten der Ueberdurchschnittlichen wird Norm, und der einzelne Mensch in einer solchen organisierten Gruppe fühlt sich bald mit Ketten an seine Klasse gebunden. Zugleich ver-

schlechtert sich die Stellung der Außenseiter, der bei Streiks Arbeitswilligen und der nicht oder anders Organisierten. Sicherlich sind das nicht die einzigen, vielleicht nicht einmal die wichtigsten (!) Gesichtspunkte für die Beurteilung der Berufsorganisation. Aber von unseren (!) Gesichtspunkten aus gehört der Hinweis hierher, daß sich mit der Berufsorganisation das Maß der Freiheit und Unfreiheit nur verschiebt. Was der einzelne vielleicht dem Arbeitgeber gegenüber gewinnt, verliert er an Selbständigkeit gegenüber den Berufsgenossen. Je mehr daher die gewerkschaftliche Organisation die höheren Stände erfasst, desto schwerer wiegen ihre Nachteile.“

Das waren im wesentlichen die Gründe, die Professor v. Wiese zu dem zusammenfassenden Schluß führten, „daß man aus dem Lager der Sozialreform wieder Wachtposten abkommandieren müsse“, weil der „Kulturindividualismus“ nicht völlig durch die staatssozialistischen Bestrebungen unterbunden werden dürfe. Die gelehrten Schlagworte, die also auf solche Weise gegen die eingeschlagenen Wege der Sozialpolitik geprägt wurden, sind nun freilich durch die Tatsachen aus den letzten Wochen und Monaten genügend widerlegt worden, und nicht bloß Äußerungen wie des Präsidenten des Deutschen Reichsversicherungsamtes über die vorteilhaften Wirkungen der Sozialreform auf das gesamte Staats- und Wirtschaftsleben, sondern mehr noch die immer wiederkehrenden Aufforderungen der deutschen Militärbehörden an die einzelnen Unternehmer zur Einhaltung bestehender Tarifvereinbarungen, bilden den strikten Beweis, wie sehr sich die Auffassung über die Bedeutung einer vernünftigen Sozialpolitik an den maßgebenden Stellen in den letzten Wochen gewandelt hat.

Aber auch wenn man, von all dem abgesehen, die kriegerischen Ereignisse selbst besieht, wie sie sich auf den Schlachtfeldern abspielen, wird man manches, was man vordem gegen unsere Kultur- und Sozialpolitik vorzubringen gewagt hat, durch die sprechenden Tatsachen widerlegt finden. Nicht das deutsche Volk, das durch lauter soziale Fürsorge und durch eine verfeinerte Kultur angelichlich verwichlich wurde, erweist sich als der schwächere Teil, seine Tüchtigkeit selbst im Krieg darf wohl heute schon als die bezeichnet werden, die dem so gefürchteten Rußland mit seiner Unkultur und seiner sozialen und politischen Minderständigkeit weit überlegen ist. Wo wäre heute das von so vielen Feinden bedrohte deutsche Volk ohne seine kulturelle Tüchtigkeit und ohne alle jene Vorteile, die die politische und soziale Reform gebracht haben, und die es in den Stand setzen, allen diesen mächtigen Feinden so wehrhaft zu trotzen? Wer alle diese Tatsachen zusammenfassend richtig bewertet, für den wird es immer klarer werden, daß nach diesem Krieg die Sozialpolitik vor neuen Aufgaben steht, vor Aufgaben, die eine kräftige Weiterentwicklung der angefangenen Arbeit beinhalten. Nicht Stillstand und nicht stagnierendes Beharrungsvermögen nützt dem Staat und fördert seine wirtschaftliche Kraft, sondern im aufsteigenden sozialen Fortschritt und in der Kultur, die in die Massen bringt, haben Staat und soziale Gemeinschaft die Bürgschaften ihres Bestandes und ihrer Sicherheit zu suchen. Das sind die zielangehenden vorläufigen Erkenntnistatsachen, mit denen das „Umlernen“ nach dem Krieg wird begonnen werden müssen!

Fr. L.

Belgien, das Land uneingeschränkter Ausbeutung der Arbeiterkraft.

Die Liebe zur Heimat ist eine große Sache, die gar oft sogar krasse soziale Gegensätze im Augenblick der Gefahr zu verwischen vermag. Daß dem fast überall so ist, hat uns der gegenwärtige Weltkrieg fast in allen Ländern gezeigt. So begreifen wir denn auch, daß die belgischen Proletarier ihr Vaterland mit allen Kräften zu verteidigen suchen, das Land, das stets für sie ein Stiefvaterland war. Das Herz hat bei den belgischen Proletariern den Verstand in der gegenwärtigen Zeit besiegt, ihn zum Schweigen verurteilt.

Vor dem Krieg haben die Schwarzfärbler, der belgische Klerus, das belgische Land als ihre ausschließliche Domäne betrachtet und rücksichtslos tyrannisiert. Wie die belgische Parlamentsgeschichte auch nur oberflächlich studiert, weiß, daß sie ein ununterbrochener Kampf gegen die Klerikale Herrschaft ist. Für die Pfaffen und die Kapitalisten war das Land ein Paradies, für die Arbeiterkraft eine Hölle. Den herrschenden Klassen war es dort viel mehr noch als in anderen Ländern, ausgenommen noch etwa Rußland, darum zu tun, die arbeitenden Massen in der Unwissenheit und damit gründlich niederzuhalten.

Wie es mit der Volksbildung bisher im schönen Belgien bestellt war, darüber berichtete P. Vormann kürzlich in der „Vossischen Zeitung“ folgendes nach offiziellen Quellen:

„Nächst Rußland gibt es in Europa kein Land, in dem so viel Analphabeten wohnen wie in Belgien. Bei der Aushebung von Rekruten im Jahre 1905 wurde festgestellt, daß in Belgien von 1000 Rekruten 101 weder lesen noch schreiben konnten. Vergleicht man damit die anderen Staaten, so findet man in Frankreich auf 1000 Rekruten 46, in England und Irland 87, in den Niederlanden 23, in der Schweiz 20, in Dänemark 2, in Schweden 0,8 und in Deutschland 0,7, die des Lesens und Schreibens unfähig sind. Man muß sich natürlich fragen, wie es möglich ist, daß ein kleines, aber reiches Land von etwas mehr als sieben Millionen Einwohnern, das mitten zwischen Kulturländern gelegen ist, so über die Massen ungebildet ist, und dann kommt man selbstverständlich zu der Frage des Schulunterrichtes. Wie ist nun dieser beschaffen? Bis 1885 existierten in Belgien 1933 Staatschulen, in denen ein ausreichender Unterricht erteilt wurde. Mit diesem Jahr aber begann eine Agitation, die dahin drängte, die Schulen dem Staatseinfluß zu entziehen. Schon Ende des Jahres 1885 waren 877 Staatschulen beiseite und dafür 1465 neue Schulen eröffnet, die, weil sie von der Beaufsichtigung des Staates unabhängig waren, den Namen „freie“ Schulen erhielten. Im Jahre 1907 wurde beschlossen, daß der Staat zwar die Schulen bezahlen dürfe, der Errichtung und Beeinflussung sonst aber zu entzogen habe. Diese „freien“ Schulen haben seitdem die Staatschulen vollständig ersetzt. Die Folge davon war, daß im Jahre 1910 in den industriellen Hauptstädten Belgiens ein starkes Drittel der Arbeiter überhaupt gar keinen Unterricht mehr genossen hatte. Nur 20 Prozent der schulfähigen Kinder haben eine Schule sechs Jahre lang besucht. Die übrigen besuchen die Schule nur drei Jahre lang, aber in jedem Jahr nur sechs Monate. Offenbar ist die Aufsicht über die Schulen keine sehr strenge, sonst wäre es nicht möglich, daß ein Drittel des Volkes Analphabeten geworden sind. Diese Angaben beziehen sich aber nur auf die männliche Bevölkerung. Ueber die weibliche existieren, soweit bekannt ist, solche Statistiken nicht. Wer aber den Unterricht der weiblichen Bevölkerung in Belgien einigermaßen kennt, weiß, daß es mit dem Unterricht der Frauen dort noch viel schlechter bestellt ist, als mit der Schulbildung der Männer. Uebrigens erstreckt sich die Unbildung vielfach bis in die höchsten Kreise.“

Weihnacht.

D helles Fest der Liebe, Ach, unterm grünen Baume,
D taunenduftige Zeit, Ist mancher Platz so leer,
Du strahlenreiche Weihnacht, Und niemand kann uns sagen
Wie dunkel bist du heut, Von eurer Wiederkehr.

Es ist ein Sturmwind kommen Und niemand kann uns sagen,
Wohl über Land und Haus, Du liebster Vater mein,
Der bläst gar viele Lichter, Ob nicht auch deine Kinder
Löschst viele Liebe aus, Einst Waisen werden sein.

Kann doch die Lieb' nicht löschen, O, daß der Tag doch stärke,
Die uns so heiß besetzt, Der so viel Leben bricht,
Du auch im blutigen Felde, Und wieder Weihnacht werde,
Die ihr der Weihnacht fehlt, Voll Liebe und voll Licht.

Du dunkles Fest der Liebe, Weh' über das blutige Feld,
Weh' über das blutige Feld, Auf daß es Frieden werde
In aller, aller Welt!

Feuilleton.

In Anzengrubers Gedächtnis.

Geboren 20. November 1839. — Gestorben 10. Dezember 1889.

Ein fünfundsiebzigjähriger wäre Ludwig Anzengruber heute, ein Mitlebender noch könnte er sein, aber seinem Kämpferleben war früh ein Ende gesetzt: ein Vierteljahrhundert schon ist dieser prächtige Mensch und Dichter tot. Von ihm darf es heißen: er starb jung. Er starb eigentlich vor der Zeit, die sein Schaffen recht erkannte und lohnen mochte. Er hatte wohl manchen Jubel eingeheimst im Theater, aber der Beifall berrauschte schnell und die Menge ließ den Dichter darben. Er war noch angewiesen auf die Generation, sagen wir besser: er war ausgeliefert der Generation, gegen deren gebietende, bedrückende Kulturlosigkeit sich in den Achtzigerjahren der Sturm und Drang der jungen, neuen Generation erhob.

Was Anzengruber als Volksdramatiker bedeutet hat und noch bedeutet, soll heute — im Lärm des Krieges — nicht erwähnt werden. Sein Werk ist zum Teil Volkseigentum geworden. Seine Dramen, die im allerbesten Sinn Tendenzwerke und Befreiungsmittel sind, haben heute — nicht zum wenigsten

bank der Volksbühnenarbeit — längst den Weg zum Volke gefunden. Und sie werden aufs neue wirken, wenn die Menschheit wieder den Weg zu ihrer Kulturarbeit gefunden hat.

Aber wenn im Schlachtengetümmel die Mäusen zum Schweigen berurteilt sind, so soll doch in diesen Tagen an die sozialen Gedanken Anzengrubers erinnert werden.

Anzengruber stand den Gegensätzen in der bürgerlichen Gesellschaft nach Auge gegenüber, aber er fand kein Mittel, die Widersprüche zu erklären, sah keinen Weg, sie zu lösen. Und doch, er blieb gläubig. Er sah das Jahrhundert in rastlos schaffender Bewegung, und was er sah, das nährte seinen Glauben, daß auch die Kultur der Menschlichkeit zuleht ihren Ertrag finden werde. Unter den literarischen Plänen, die der Tod nicht zu Ende kommen ließ, war der einer Veröffentlichung von „Briefen eines Unberufenen über Berufsberufenen“. Anton Dettelheim, der des Dichters Biographie geschrieben hat (Berlin, Ernst Hofmann u. Komp. 1908), sagt vom Inhalt dieser Briefe, die sich auch mit dem Spiritismus auseinandersetzen: Bei seiner großen Interesse für naturwissenschaftliche Probleme lag es ihm fern, vornehmlich über so dunkel und geheimnisvoll auftauchende Erscheinungen abzusprechen. Zu guter Letzt lehnte er jedoch alle diese sinnlich übernatürlichen Erscheinungen entschieden ab als Gaukeleien der von ihm sogenannten „hirnlosen Geister“. Desto herzlicher vertraute er den Fortschritten des Erfindergeistes als des berufenen kommenden Reiters aus der Annahr der heutigen wirtschaftlichen Schäden. Ein Elektroskop, den Fernblinder, prophezeite er seit Jahren. Er hielt es nur für eine Frage der Zeit, daß man Bilder werde telegraphieren können. Das Problem der Luftschiffahrt erklärte er nur insoweit für unlösbar, als man mit Ballon und Korb arbeite, denn zwei Stücke lassen sich nicht gleichzeitig steuern; die rechte Hilfe versprach er sich also von der Rückkehr zur Konstruktion von Flügeln. Eine Alchemie, als die Möglichkeit zur Erzeugung von Metallen erschien ihm stets glaubwürdig. Er zweifelte nicht an der Zukunft der Farbenphotographie. Er plante eine neuartige Sechsmaschine. Er horchte auf bei jeder neuen Volkstafel aus den Laboratorien von Pasteur und Koch. Er erwartete dauernde Verbesserung des Lofes der Massen durch die Segnungen neuer technischer und physikalischer Funde. Und nun schaue man auf die ernsthafteste „Geschicht von der Maschinen“, die wieder der Steinkloppferhand erzählt, der einmal solch ein Ding zusammengehauen hat, das ihm nun nachts in einem Hohlweg erscheint:

„Ich schau, da kommen f' daher in ein' langen Zug,

Arbeitsleut' aller Art, alle verkrüppelt, bresthaft oder vorzeitig alt und ausgemergelt, durch 'n strengen Erwerb, durch die ungesunde Pantierung, durch Trübsal um ihre alten Täg' — und wie ich so in der Rund schau', seh' ich die anderen, die noch geschaffen haben, sich herunterradern wie die Bieder mit der schweren Arbeit, sich's Blut vergiften mit Staub und so Farb', und andere Paterei'n und wieder völlig 'samm'schrumpfen auf ein' Fleck, von dem 's die Sorg' ums Brot nit wegläßt, nit a wengerl in die frei' Luft, kaum im Jahr anal'. Wie ich so das Glend da vor meiner sieh, schlag' ich die Händ' 'samm' und sag': Himmlischer Vater! Du triffst doch allmal die rechte Mischung zwischen Herzload und Herzensfreud'... wie magst denn a so viel Müßsa' auf ein Fleck 'sammtrag'n?!“ Und er schaut, wie's einmal sein wird: „Zs die ganze Welt wie verändert g'wesen; alles, was man denken und sinnen kann, das nur möglich ist, es rührt der Mensch nit selber nit seine Händ' dran, das haben Maschinen geschaffen, und an den Maschinen sind sie g'standen die neuen Leut', unverkrüppelt, unberümmert, schön, groß, stark, und hat ihnen die Gesundheit und die G'scheitheit aus d' Augen g'leucht', ist jeder wie ein König an der Maschin' gestanden, die er gemeistert hat bis aufs letzte Radl.“

Und über die Welt war ein großer Arbeitstag mit lauter saub're lustige Arbeitsleut'!“

Wer Anzengruber, diesen ersten sozialen Kritiker und frohschauenden Propheten am Ausgang der Achtzigerjahre las, der nahm ihn, wenn der politische Kampf ihn auf die Seite der mächtig wachsenden Sozialdemokratie trieb, wie einen Bundesgenossen. Der Kampf um Menschlichkeit wird ihn immer so empfinden. Das ist auch heute noch so. Mögen ihn auch mit dem Sozialismus nicht Parteibande verbinden, seine Dichtung ist Volksdichtung im edelsten Sinne, Dichtung der Arbeiterklasse geradezu, die Bühnenwerke sowohl als die vielen kleineren Erzählungen und vor allem die beiden großen Romane „Der Schandfleck“ und „Der Sternsteinhof“. Manches wird heute durch die wohlfeilen Volksbüchereien in immer neue Kreise getragen, aber auch die umfangreicheren Werke, die im Cottaschen Verlag in Stuttgart erschienen sind, sind nicht eigentlich kostspielig. In fünf Jahren werden sie für den Abdruck frei sein, gleichzeitig mit den Werken Gottfried Kellers, und damit wird für den Kampf um die Verbreitung guten Lesestoffs in den Massen des Volkes eine wichtige und goldene Zeit anbrechen.

Ziehen wir weiter in Betracht, daß der größte Teil der sogenannten freien Schulen katholische Klosterschulen sind, so können wir ermessen, wie gut der belgische Proletarier in seiner Jugend mit den Waffen des Wissens für den harten Kampf ums Dasein ausgestattet wird. Freiheit herrscht auch bezüglich des Besuches der Schulen; jede Familie kann ihre Kinder zur Schule schicken oder auch nicht, wer es nicht tut, der wird keinesfalls bestraft, auf gewissenlose Eltern wird keinerlei Zwang ausgeübt. Und wer von den belgischen Rängen die Schule schwänzen will, darf es, ohne dafür die geringste Bestrafung seitens des Lehrers oder der Behörden befürchten zu müssen. Es herrscht also im Lande ideale Freiheit für jene Kinder, die in ihrem Unverständnis am liebsten täglich statt in, hinter die Schule gehen. Diese „Freiheit“ erschwert dann den Erwachsenen den Kampf ums Dasein und verrammelt der sozialistischen Aufklärung in denkbar wirksamster Weise den Weg.

Die Folgen dieser Erziehung zeigten sich bisher in einer für die Arbeiterschaft erschrecklichen Weise. Belgien kennt den Begriff „Sozialpolitik“ nur dem Namen nach, und zwar aus der Auslandspressen. Es gibt da keine gesetzliche geregelte Krankenversicherung, keine Invaliden- und auch keine Unfallversicherung, keine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit, keine gesetzliche Sonntagsruhe, überhaupt nur ganz minimalen gesetzlichen Arbeiterschutz, der noch niemals in die Praxis umgesetzt worden ist, sondern nur schwarz auf weiß das Papier verschönert.

Die allgemeine Wehrpflicht ist zwar in Belgien gesetzlich eingeführt, nur hat das Gesetz zugleich den besitzenden Drückebergern weite Türen offen gelassen. Jedermann, der in der Lage ist, sich für 2000 bis 3000 Fracs. oder mehr einen Stellvertreter aus dem Proletariat zu kaufen, ist von der Militärflicht befreit. Das überwiegend große Kontingent zum belgischen Heer dürfen also ausschließlich die arbeitenden Klassen stellen. Es ist ihr ausschließliches Privilegium, Blut, Gesundheit und Leben dem Vaterland zum Opfer zu bringen, während die besitzenden Bourgeois warm und sicher in ihren Salons sitzen und sich ihres genügsamen Lebens freuen dürfen. So sieht die belgische Freiheit aus; dem Arbeiter alle Lasten und alle Pflichten, der herrschenden Klasse alle Freuden, alle Bequemlichkeit und allen Genuß.

Der sozialdemokratische Parteivorstand Belgiens hat vor kürzerer Zeit eine Broschüre herausgegeben, die den Titel trägt:

„75 Jahre Bourgeoiserschaft von 1830 bis 1905“ und das Motto von Karl Marx: „Belgien ist das Paradies der Kapitalisten und die Hölle der Arbeiter.“

Eine wuchtigere Anklageschrift gegen ein Land als diese Schrift ist kaum je geschrieben worden. Zunächst stellt Camille Huysmans, der bekannte Sekretär der sozialistischen Internationale, dar, wie das selbständige Belgien durch die Revolution von 1830 entstand. Gegen die Verbindung mit Holland hatten sich damals die Klerikalen erhoben, die von dem protestantischen Staat und seiner vollständigen Gleichberechtigung der Konfessionen loskommen wollten. Im neuen Belgien haben sie unter formaler Anerkennung der Gewissensfreiheit dann eine wüste Schreckensherrschaft religiöser Unduldsamkeit entfaltet. Weiter erhoben sich gegen die Gemeinschaft mit Holland einige liberale Kapitalisten, die den sofortigen Anschluß an Frankreich verlangten. Die Tendenz, Belgien in Frankreich aufgehen zu lassen, ist in den 84 Jahren seit jenen Tagen immer stärker geworden. Den Freiheitskampf Belgiens fochten 1830 die Arbeiter aus, um nach dem Sieg aufs schmachlichste betrogen und unterdrückt zu werden. Ihre Forderung nach politischer Gleichberechtigung wurde mit der Erwidderung beantwortet, man könne nicht Wahlrecht und Wahlschnaps zu Herren Belgiens machen, man könne nicht das Land der Herrschaft der Karrenschieber und Stallungen ausliefern. Von dieser Gesinnung gegenüber den Arbeitern war der belgische Staat während seines ganzen Bestehens erfüllt. Schon Karl Marx hat sein Wesen so scharf wie möglich erkannt, indem er im Namen des Generalrates der ersten Internationale 1869 ein Manifest erließ, in dem es hieß:

„Es gibt in der zivilisierten Welt nur ein einziges Land, wo man gierig und freudig die Streiks als Vorwand nimmt, um die Arbeiter zu morden. Dieses einzige Land ist Belgien, das Musterland des feiländischen Verfassungslebens, das irdische Paradies der Herren auf Erden, der Kapitalisten und Pfaffen. Nicht sicherer dreht sich alljährlich die Erde um die Sonne, als die belgische Regierung alljährlich die Arbeiter morden läßt... Für den belgischen Kapitalisten ist der Streik eine Art Gotteslästerung, ein Sklavenaufstand, ein Vorbote der sozialen Revolution. Legt in die Hände des güttrigen Kapitalisten, der aus Furcht grausam ist, die ungeteilte und unumschränkte unkontrollierte Herrschaft über die öffentlichen Gewalten, und ihr werdet euch nicht mehr wundern, daß in diesem Lande — wie es in Belgien der Fall ist — Säbel, Flinten und Bajonett fast gesetzmäßig arbeiten und wie Maschinen wirken, um die Löhne zu senken und die Profite zu erhöhen.“

Karl Marx ist sicher kein Unwissender gewesen. Er hatte die belgischen Zustände im Lande selbst jahrelang mit eigenen Augen gesehen und durch eigene Erfahrung konstatieren können. An ihrer Regierung haben also die belgischen Arbeiter nichts verloren. Angesichts dieser Tatsachen ist die Liebe der belgischen Arbeiterschaft zu ihrem Vaterland eine bewundernswerte zu nennen. Mit rührend kindlicher Treue schlugen die Proletarier sich für jene in die Schanzen, die im Proletariat nur das Objekt der Ausbeutung, nie den gleichberechtigten, aber schwachen, schutzbedürftigen Menschen sahen. Daß diese Haltung der belgischen Arbeiter vom Standpunkt des Patriotismus aus edel und anerkennenswert ist, daß in Belgien die Arbeiter Ausbeutung und Bedrückung geradezu mit Liebe und Hingebung vergolten haben, das wird anscheinend auch von den deutschen Behörden eingesehen, die jetzt Belgien verwalten. Man weiß sehr wohl in Deutschland, daß die bösen Frankfurter Taten nicht dem belgischen Sozialismus in die Schuhe zu schieben, sondern daß sie vielmehr die Frucht einer von der ehemaligen Regierung betriebenen Hege sind. Deshalb versuchen die deutschen Behörden jetzt auch, an den belgischen Arbeitern eine

Bergeltung zu üben, die eines Kulturvolkes würdig und angemessen ist. Das Wolffsche Telegraphenbüro verbreitete am 25. Oktober 1914 folgende amtliche Mitteilung:

Bei der deutschen Zivilverwaltung in Belgien wird erwogen, ob und wie weit während der Dauer der Besetzung zugunsten der Arbeiterschaft dieses Industriestaates die deutschen sozialpolitischen Gesetze insbesondere auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes eingeführt werden sollen und können. Ein nach außen erkennbarer erster Schritt ist dadurch geschehen, daß der Direktor im großherzoglich badischen Gewerbeaufsichtsamt, Geheimer Oberregierungsrat Dr. Wittmann, und der Hilfsarbeiter im Reichsamt des Innern, Gewerbeassessor Poetschke, nach Brüssel beauftragt wurden, um durch Vorarbeiten dem vorerwähnten Ziele näherzukommen. Auch sonst ist bei mannigfachen Anlässen, die in das Gebiet von Arbeiterschutz und Arbeiterwohl hinüberspielen, zwischen dem Verwaltungschef und Sachverständigen beraten worden.“

Die belgischen Arbeiter werden nun trotz ihrer Heimatliebe den deutschen „Barbaren“ gewiß nicht allzu böse sein, wenn diese den belgischen Kapitalisten den Daumen scharf auf die Augen drücken und dafür Sorge tragen, daß den Proletariern dort wenigstens das Maß von gesetzlichem Arbeiterschutz zuteil wird, das die deutsche Arbeiterschaft in ihrem Lande genießt. Und wir wünschen den belgischen Arbeitsbrüdern vom ganzen Herzen, daß ihnen dieser Schutz auch für die fernere Zukunft erhalten bleibt.

Dienstdauer und Ruhezeit der Eisenbahner in Preußen — und Oesterreich.

Der Minister für öffentliche Arbeiten hat unter dem 25. September verfügt: „Soweit die zwingenden Grenzen der Dienstdauervorschriften, insbesondere die Bestimmungen über die Dauer der Dienstsichten sowie über die Zahl und Dauer der Ruhetage des Personals während des Krieges wegen des Fehlens von Ablösern nicht immer gewahrt werden können, muß dafür gesorgt werden, daß dem Personal jedenfalls ausreichende Ruhezeiten zur Verfügung und daß betriebsgefährliche Ueberanstrengungen vermieden werden.“

Vorstehender Ministerialerlaß ist den Dienststellen mit folgendem Vermerken zur Kenntnis und Beachtung mitgeteilt worden:

„Wenn während des Krieges infolge Personalmangels von den Diensterteilungen abgewichen werden muß, so ist es in erster Linie Pflicht der Dienststellenleiter, darüber zu wachen, daß bei notwendiger Verlängerung der planmäßigen Dienstsichten Kürzung oder Verminderung der planmäßigen Ruhetage, Ueberanstrengungen jedenfalls vermieden werden. Bei durchaus unzulänglichem Personal und bei Abweichungen von der festgesetzten Diensterteilung auf längere Dauer ist dem zuständigen Amt zu berichten.“

Unsere Eisenbahner, die militärischen sowohl wie die des Friedensdienstes, haben Kriegsaufgaben zu bewältigen, von denen sich die Deffektivität meist keine klare Vorstellung machen kann. Und das glänzende Gelingen der Mobilmachung und des Aufmarsches sowie die rasche Wiederkehr des alten fahrplanmäßigen Betriebes im Heimatländ zeigen, wie die Eisenbahner dieses Uebermaß von Aufgaben gelöst haben. Um so wichtiger ist jetzt nach der Wiederherstellung normaler Verkehrsverhältnisse im Lande, die Eisenbahner durch eine überlegte Diensterteilung vor Aufreibung der vielfach erschöpften Kräfte zu bewahren.“

Bei uns in Oesterreich hat sich das k. k. Eisenbahnministerium noch nicht bemüht, diese wichtigen Maßnahmen durchzuführen, die sowohl im Interesse des Betriebes als in jenem des Personals dringend nötig erscheinen. Es sind uns zwar Neuerrungen maßgebender Funktionäre im Eisenbahnministerium bekannt, dahingehend, daß das Eisenbahnministerium nach wie vor auf der strikten Einhaltung der Vorschriften über Dienst- und Ruhezeiten beharrt, und zwar für das Personal in allen Gebieten, die nicht direkt vom Krieg berührt sind. Aber ein diesbezüglicher Auftrag an die untergeordneten Dienststellen ist unseres Wissens nicht hinausgegeben worden. Daher kommt es, daß in einer ganzen Anzahl von Dienststellen das exekutive Personal auch heute noch übermäßig Dienst leisten muß. Zur Zeit der Mobilisierung war das eine Selbstverständlichkeit. Da hatte jeder Eisenbahner die Pflicht, Dienste zu leisten, solange seine Kräfte reichten. Das haben sie auch alle ohne Klage getan. Und in den Gebieten, wo dies die Kriegführung bedingt, ist es auch jetzt noch so und es kann auch gar nicht anders sein. Aber in den übrigen Gebieten ist die gleiche Notwendigkeit nicht vorhanden.

Im Reichshaus Stadlau muß das Lokomotivpersonal ständig Diensttours von 30 bis 40 Stunden leisten, die zumeist ununterbrochen andauern. Mittels Dienstbefehl wurde in diesem Reichshaus verfügt, daß die Ruhezeit in der Heimatsstation nicht mehr als sechs Stunden betragen darf. Diese übermäßige Dienstleistung wird vom genannten Personal seit Kriegsbeginn gefordert. Ähnlich sind die Verhältnisse für das Zugbegleitpersonal der k. k. Direktion für die Linien der Staatsbahngesellschaft in der Strecke Wien-Brud an der Leitha.

Seit mehreren Wochen erleiden die meisten Güterzüge in dieser Strecke Verpätungen von 24, 28, 30 und mehr Stunden. Zur Illustration seien einige Züge herausgegriffen.

Zug 81 fuhr am 27. November l. J. fahrplanmäßig um 11 Uhr vormittags von Wien ab. Am 28. November, also am folgenden Tag um 12 Uhr mittags kam er in der Umkehrstation Brud an. Die fahrplanmäßige Fahrtdauer beträgt 9 Stunden 28 Minuten; er hatte also eine Verpätung von 15 Stunden. Zug 89 fuhr am 29. November l. J. um 11 Uhr 20 Minuten von Wien ab. Nach 22 Stunden Fahrtdauer erreichte derselbe die Station Grammat-Neusiedl. Die Streckenlänge ist 19,5 Kilo-

meter. Zug 91 fuhr am 29. November l. J. ab Wien um 3 Uhr 52 Minuten früh. Die Station Brud erreichte er nach 37stündiger Fahrtdauer.

Wenn man bedenkt, daß zum Beispiel die fahrplanmäßige Fahrtdauer des Zuges 81 bloß 9 Stunden 28 Minuten beträgt, welche Zeit sich der Zugbegleiter mit den Gebühren für die Fahrt im Dienste verrechnen kann, der Mann aber faktisch 25 und mehr Stunden auf der Strecke im Dienste verbringt, wofür er für 16 und mehr Stunden nur die Gebühren für die Fahrt ohne Dienst erhält, so kann man ermessen, daß diese Verhältnisse geradezu eine Katastrophe für die Zugbegleiter bedeuten. Der Mann muß auf der Strecke buchstäblich hungern, denn er kann mit dem Fahrgeld für 9 oder 10 Stunden nicht 25 oder mehr Stunden auskommen. Dies um so mehr, als bei der großen Teuerung von einem Auslangen ohnehin keine Rede mehr sein kann.

Es braucht keine weitere Darlegung zum Beweis dafür, daß die Bediensteten ohne Schädigung ihrer Gesundheit längerhin nicht instande sind, derart Dienst zu leisten. Ähnliche Verhältnisse sind in vielen anderen Heizhäusern und Dienststellen. Die Kräfte der Eisenbahner werden auf diese Weise zwecklos erschöpft. Zwecklos deshalb, weil trotz des Krieges die Militärbehörden den Eisenbahnverwaltungen genügend Personal zur kluglosen Abwicklung des Verkehrs belassen haben. Die Eisenbahnbehörden aber, insbesondere die untergeordneten Dienststellen in unerbittlicher Weise Personalveränderungen verfügten, die allem anderen als sachlichen Diensteserwägungen entsprungen sein müssen. In Villach und in Görz beorderte man zum Beispiel eine Anzahl Lokomotivführer zur Dienstleistung in die Werkstätte, während das fahrende Personal infolge des Abganges übermäßige Leistungen vollbringen mußte. Anderwärts mußten Arbeiter aussetzen oder sie wurden in ver Einzelnen Fällen entlassen und ihre Posten wurden mit höher qualifizierten Bediensteten besetzt.

Es ist mehr als genug Anlaß dazu vorhanden, daß das Eisenbahnministerium den untergeordneten Dienststellen zum Bewußtsein bringt, daß auch den österreichischen Eisenbahnern außer dem Dienst auch Ruhe und freie Zeit gebührt, um dadurch auch bei uns die vielfach erschöpften Kräfte vor Aufreibung zu bewahren.

Vom Zentralauschuß für die Bediensteten der österreichischen Staatsbahnen.

Ueber die am 5. und 6. Mai 1914 im k. k. Eisenbahnministerium stattgefundenen Beratungen liegt nunmehr das Protokoll im Wortlaut vor:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, daß die Zentralauschussmitglieder, mit Ausnahme des gewählten Mitgliedes Touzet, an dessen Stelle der Ersahmann Prochazka erschienen ist, und mit Ausnahme des genannten Mitgliedes Moser, vollständig anwesend sind.

Sodann erläutert der Vorsitzende die Gesichtspunkte, denen zufolge die Tagesordnung für die diesjährige Sitzung erstellt worden ist, und teilt mit, daß von den 135 seitens der Zentralauschussmitglieder eingebrachten Initiativanträgen 14 Anträge als nicht in den Wirkungsbereich des Zentralauschusses gehörig ausgeschieden werden mußten. Im Hinblick auf die schon 121 Anträge umfassende Tagesordnung schlägt der Vorsitzende vor, die Behandlung des in zwei Hauptteile zerfallenden Beratungstoffes in der Weise vorzunehmen, daß die jeweilige Begründung der einzelnen Anträge zunächst nur von einem Mitglied vorgenommen werde und daß bei jenen Anträgen, die bereits in den vorhergegangenen Sitzungen begutachtet und angenommen worden sind, lediglich der Hinweis darauf als hinreichend befunden werden könnte.

Vor Eingang in die Beratung erteilt der Vorsitzende über Verlangen dem Mitglied Weiser das Wort; dieses Mitglied vermittelt zunächst die Ansichten, die sich das Personal auf Grund der bisherigen Ergebnisse über das Wirken des Zentralauschusses und der Personalkommissionen gebildet hat und wendet sich sodann gegen die Art der Abfassung des Protokolls, das zwar in kurzen Umrissen den Gang der Beratungen darstellt, jedoch die sachliche Ausführlichkeit, mit welcher die einzelnen Mitglieder die wichtigsten Fragen begründet haben, vermissen läßt. Ferner beklagt dieses Mitglied, daß aus der großen Menge der im Vorjahr gestellten Anträge nicht einmal jene Wünsche der Erfüllung zugeführt worden sind, welche mit keinen oder nur mit wenigen Kosten verbunden gewesen wären.

In Betreff der den Mitgliedern des Zentralauschusses und der Personalkommissionen zukommenden Stellung bemerkt Mitglied Weiser, daß die befangenen Vertrauensmänner des Personals mit Schikanen und Maßregelungen verfolgt werden und denselben die Vorgesetzten im Eisenbahnministerium und bei den Direktionen unter den verschiedensten Ausflüchten gänzlich verfat oder sehr erschwert werden, während hingegen andere Deputationen anstandslos empfangen werden; ferner empfindet es dieses Mitglied nicht nur als eine Zurücksetzung des Zentralauschusses und der Personalkommissionen, sondern als eine Schädigung der Interessen der Bediensteten, daß die wichtigsten in letzter Zeit zur Durchführung gelangten Maßnahmen und Reformen ohne vorherige Einholung eines Gutachtens seitens dieser Körperschaften vorgenommen worden sind. Die Folge dieses Vorganges sei, daß trotz der erfolgten bedeutenden Aufwände für die Eisenbahnbediensteten die endliche Zufriedenstellung derselben nicht eingetreten sei.

Schließlich führt derselbe darüber Klage, daß in jüngster Zeit von der Verwaltung unter dem Schlagwort einer ökonomischen Gebarung Verschlechterungen zur Durchführung gelangt sind, die sowohl in erschwerter Dienstverhältnissen als auch in verschiedenen Dienstesabzügen und in Ueberstellungen von höheren in niedrigere Verwendungskategorien zum Ausdruck kommen.

Diese Darlegungen werden von dem Mitglied Sommerfeld unterstützt, indem er hierzu eine Reihe von konkreten Beispielen als Belege anführt; so seien Dienstverschlechterungen für das Versuchspersonal in der Station Wulweis und etliche Verschlechterungen in der Strecke Wien-Amstetten zu verzeichnen; desgleichen seien verschiedene Abänderungen von Dienstposten vorgenommen worden, die einer Verminderung der bestehenden Normierung gleichkommen. Dieses Mitglied stellt das Ersuchen, den Zentralauschussmitgliedern die Einsichtnahme in das Originalprotokoll jederzeit zu gewähren.

Die Mitglieder Mühlberger und Kreuzer bezeichnen es als weitere Verschlechterung gegenüber den früheren Verhältnissen, daß nunmehr zur Ernennung von Konduktoren zu Unterbeamten nebst den allgemeinen Voraussetzungen nicht nur eine zweijährige Verwendung als Güterzugsführer gefordert werde, sondern daß die betreffenden Kondukteure auch bereits durch zwei Jahre in der Gehaltsstufe von 1200 Kr.

stehen müssen; sie richten an das Eisenbahnministerium die Bitte, diese Verfügung, welche angetan ist, die Kondukteure auf das empfindlichste zu schädigen, aufzuheben. Gegenüber letzteren Ausführungen stellt der Vorsitzende sofort fest, daß zufolge der von der Verwaltung im Jahre 1908 abgegebenen Erklärungen zwar hinsichtlich der Ernennung von Lokomotivführeranwärtern zu Lokomotivführern ausgesprochen wurde, daß den bezüglichen Bediensteten im Falle der ständigen Führung einer Maschine die Erreichung der Unterbeamtenkategorie bei einem Gehalt von 1200 Kr. ermöglicht werden wird, während den als Zugführer ständig verwendeten Kondukteuren wohl die Erreichung der Unterbeamtenkategorie in Aussicht gestellt wurde, daß aber dabei eine bestimmte Gehaltsstufe, beziehungsweise der Gehalt von 1200 Kr. nicht genannt wurde.

Mitglied Pfatschbacher bringt einige Verschlechterungen zur Sprache, die im Bereich der Staatsbahndirektion Billach eingetreten sind, und führt als Beispiel die Auflassung der dritten Versäuhreserve in der Station Willach-Staatsbahnhof an, die durch eine fliegende Partie ersetzt worden ist. Nach Ansicht der Mitglieder Sommerfeld, Pfatschbacher und Mühlberger seien als Verschlechterungen der Dienstverhältnisse auch alle jene Fälle anzusehen, in denen die durch die bedeutende Verkehrssteigerung hervorgerufenen Mehrleistungen von der gleichen Zahl von Arbeitskräften bewältigt werden müssen, die kaum für die feinerzeitigen Verkehrsverhältnisse hinreichend gewesen sei. Hierbei möchte Mitglied Sommerfeld insbesondere auf die Dienstverteilungen der Lampisten in den großen Bahnbetriebsämtern aufmerksam machen, welche gegenwärtig noch einen 24stündigen Dienstturnus haben; derselbe beruht die Anschauung, daß dieser Turnus nach den heutigen Verkehrsverhältnissen keinesfalls länger bestehen dürfe, und bittet unter Heranziehung der dienstlichen Verhältnisse der Lampisten in Wien-Westbahnhof das Eisenbahnministerium, durch Einführung eines 12/24stündigen Turnuses baldigst Abhilfe zu schaffen.

Mitglied Merinsky schildert die Schwierigkeiten, die ihm anlässlich einer Vorrede, in welcher er wegen Befehung des Blockwächterpostens auf Block III der Station Wien-Westbahnhof intervenieren wollte, seitens der vorgeordneten Direktion in den Weg gelegt worden sind.

Mitglied Eliska bringt die Beschwerde der Manipulanten der Nordwestbahndirektion vor, die vor der Verstaatlichung bei Eintreten in die Gehaltsstufe von 1200 Kr. zu Unterbeamten ernannt worden sind, während dieselben nunmehr wegen der unzureichenden Normierung nicht einmal bei Erreichen der Gehaltsstufe von 1800 Kr. den Unterbeamtenrang erhalten können; er hebt hervor, daß von dem gleichen Schicksal auch die Wagenreiber, Verschub- und Magazinsaufseher der Nordwestbahndirektion betroffen werden.

Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß es sich in den angeführten Fällen weniger um eingetretene Verschlechterungen als vielmehr um gewünschte Verbesserungen handle und daß in dem besonderen Falle der Ernennung von Manipulanten zu Unterbeamten der Nordwestbahndirektion keinesfalls von einem Recht derselben, sondern nur von einem Brauch gesprochen werden könne, welcher bei der ehemaligen k. k. priv. Nordwestbahn durch einige Zeit in Übung gestanden ist.

Nachdem die Mitglieder Blatkiewicz, Plonta und Prochazka noch einzelne Fälle, in welchen sie eine Verschlechterung der dienstlichen Verhältnisse erblickten, erörtert hatten, erwidert der Vorsitzende auf die einzelnen von den Zentralauschüßmitgliedern gemachten Vorbringungen.

Hinsichtlich der Abfassung des Protokolls über die Sitzungen des Zentralauschusses möchte der Vorsitzende voraussichtlich, daß nach § 16 der provisorischen Bestimmungen über die Personalkommissionen und den Zentralauschüß für die Bediensteten der k. k. österreichischen Staatsbahnen im Protokoll nur der kurzgefaßte Gang der Beratungen niederzulegen ist und daß die Protokolle ohnehin in ausführlicher Weise bisher abgefaßt worden sind; sollten die Zentralauschüßmitglieder auf eine ausführliche Wibergebe einzelner Begründungen besonderen Wert legen, so könnten sie dieses Verlangen im Laufe der Verhandlungen entsprechend zum Ausdruck bringen. Die Vorschläge von Zentralauschüßmitgliedern im Eisenbahnministerium anlangend, bemerkt der Vorsitzende, daß den Vorschlägen der Zentralauschüßmitglieder seitens des Eisenbahnministeriums in keiner Weise Schwierigkeiten bereitet werden, daß jedoch im Hinblick auf die zahlreichen Vorschläge ein allgemeiner gültiger Vorgang für die Empfänger von Depurationen der Bediensteten, welcher auch von den Personalkommissions- und Zentralauschüßmitgliedern einzuhalten ist, festgelegt werden mußte; auch dürfte es sich bei Abweisung von Ansuchen um Vorschläge nur um solche Fälle gehandelt haben, in welchen kurz vorher eine Vorschläge von Bediensteten derselben Kategorie im selben Gegenstand bereits stattgefunden hätte und infolgedessen eine neuerliche Vorschläge zwecklos erscheinen müßte.

Weiters findet der Vorsitzende zu bemerken, daß es den Tatsachen nicht entspricht, wenn von irgendwelcher Seite behauptet worden sei, daß die Wünsche der Professionisten der Werkstätten früher nicht die geeignete Vertretung gefunden haben; dies könne ja aus den bezüglichen Sitzungsprotokollen nachgewiesen werden.

Wegen der in Anregung gebrachten vorherigen Vorlage der jeweils beachtlichen Reformen und Personalmaßnahmen weist der Vorsitzende darauf hin, daß es in den meisten Fällen nicht möglich sei, Aktionen, deren Vollziehung einmal im Prinzip zugestanden ist, durch die Befragung der Vertretungskörper zu verzögern, um so mehr, als die überwiegende Mehrzahl der vollzogenen Maßnahmen ohnehin als feinerzeit gestellte Forderungen im Zentralauschüß hinsichtlich zur Sprache gelangt sind, beziehungsweise auf den bezüglichen Anträgen aufgebaut seien.

Bezüglich der zur Erörterung gelangten angeblichen Verschlechterungen bemerkt der Vorsitzende, daß derartige allgemeine Vorbringungen durch ein konkretes Material unterstützt werden müssen, damit die Verwaltung in der Lage sei, die beanspruchten Vorkommnisse zu untersuchen. Solche Erhebungen seien in letzter Zeit schon wiederholt durchgeführt worden; es habe sich aber meist herausgestellt, daß die Angaben sehr übertrieben und oft auch auf unwichtigen Tatsachen und Informationen aufgebaut waren.

Bei Erörterung der seitens einzelner Mitglieder beanstandeten Ueberstellungen von Bediensteten in andere Verwendungskategorien weist der Vorsitzende darauf hin, daß die Abziehung einzelner Bediensteter vom Fahrten schon aus Verkehrsbedürfnissen auf Grund der Ergebnisse erfolgen mußte, welche die periodische Ueberprüfung der Sinnesorgane der in Rede stehenden Bediensteten gezeigt hatte.

Die von den Zentralauschüßmitgliedern angeregte Lösung der Frage, wie bei Prüfung der Sinnesorgane in der Praxis vorzugehen sei, könne — wie dies schon öfter dargelegt wurde — nicht vom Laienstandpunkt, sondern nur von medizinisch-wissenschaftlicher Seite beurteilt werden; auch betont der Vorsitzende, daß es nur in den Intentionen des Eisenbahnministeriums gelegen sei, wenn bei den Ueberstellungen nach Rücksicht auf die individuellen Verhältnisse des Betroffenen Rücksicht genommen werde, daß die Verwendung derselben auf einen Posten, für welchen die verminderte physische Tauglichkeit hinreichte, aber auch als personalwirtschaftliche Fürsorge erkannt werden müßte, da der abziehende Bedienstete andernfalls der Inzuchtgefährdung ausgesetzt werden müßte.

Nachdem die Mitglieder noch die ausdrückliche Erklärung abgegeben hatten, daß sie jene Anträge, die bereits gelegentlich

der vorangegangenen Sitzung gestellt und angenommen worden sind — ohne Rücksicht darauf, ob sie abermals eingebracht worden sind oder nicht — aufrechterhalten, geht der Vorsitzende zur Beratung des ersten Abschnittes der Tagesordnung über.

I. Abschnitt.

Initiativanträge allgemeinen Charakters.

Punkt 1. Instruktionswesen.

Antragsteller: Merinsky, Smejkal, Ehr.

„Persönliche Beteiligung der Bediensteten mit Instruktionen und Dienstbefehlen, die Bestimmungen über Ausübung von Dienstverrichtungen enthalten.“

„Alle Druckformen, Formulare, Ansuchen, Statuten, Instruktionen, Erlasse und dergleichen mehr sollen in der Muttersprache der Bediensteten aufgelegt werden.“

Mitglied Merinsky weist darauf hin, daß bei dem gegenwärtigen Vorgang die Erlasse und Dienstbefehle von den Bediensteten so rasch gelesen und mit der Unterschrift versehen werden müssen, daß sie nicht in der Lage sind, dieselben vorzumerken und dem Gedächtnis einzuprägen; die Folge hiervon sei, daß der genaue Wortlaut und Inhalt nach kurzer Zeit dem Gedächtnis entschwindet und Verstöße gegen die in den Erlässen enthaltenen Anordnungen vorkommen, die zur Bestrafung der Bediensteten führen. Wenn die Dienstbefehle ihren Zweck vollends erfüllen sollen, müßte nach Ansicht der Mitglieder Merinsky und Smejkal vor allem getrachtet werden, dieselben den Bediensteten entsprechend zugänglich zu machen und nicht erst dann dem Personal wieder in Erinnerung zu bringen, wenn ein erneuter Anlaß hierfür eintritt.

Mitglied Ehr spricht sich zugunsten jener Bediensteten aus, die der deutschen Sprache nicht in dem Maße mächtig sind, daß sie den Inhalt der Instruktionen genau erfassen können, und bittet, alle amtlichen Verfügungen für die Bediensteten in ihrer Muttersprache herauszugeben.

Zu diesem Antrag bemerkt der Vorsitzende, daß — abgesehen von der ungeheuren Mehrbelastung, die die Auflage sämtlicher dienstlichen Verfügungen, Druckformen und dergleichen, in den verschiedenen Sprachen mit sich bringen würde — von allen definitiven Bediensteten die Beherrschung der Dienstsprache dienstordnungsgemäß gefordert werden müsse.

Die Anträge werden angenommen.

Punkt 2. Automatikangelegenheiten.

Antragsteller: Ehr, Weiser, Sommerfeld.

„Einführung zweijähriger Vorrückungsfristen für sämtliche Dienerkategorien.“

„Jedem Diener ist die Erreichung der letzten Gehaltsstufe zu ermöglichen.“

„Durchführung eines Härtenausgleiches im Sinne der bereits im Jahre 1913 gestellten Anträge.“

Mitglied Weiser bezeichnet die Einführung der zweieinhalbjährigen Vorrückungsfristen für die Diener als eine halbe Maßnahme und ist der Ansicht, daß die Verwaltung mit Rücksicht auf die stetig fortschreitenden Verschlechterungen der Lebensverhältnisse in absehbarer Zeit gezwungen sein werde, die abermalige Abkürzung der Vorrückungsfristen der Diener auf zwei Jahre vorzunehmen; er stellt die Forderung als eine der brennendsten Fragen der Diener hin.

Die Mitglieder Pfatschbacher und Eliska schließen sich den Ausführungen des Vorredners an und heben hervor, daß die gegenwärtigen Bezüge der Diener nicht ausreichen, um dieselben den angestrebten Dienstleistungen entsprechend zu ernähren.

Mitglied Weiser unterstützt den Antrag vom Standpunkt der Lokomotivbeiziger, welche bei der überoll auf der Strecke wahrzunehmenden Verteuerung der Lebenshaltung mit ihren derzeitigen Dienstbezügen das Auslangen nicht finden können.

Die Zentralauschüßmitglieder sind der übereinstimmenden Meinung, daß die Einführung der beantragten zweijährigen Vorrückungsfristen vor allem geeignet wäre, die Lage der Diener zu verbessern.

Die Mitglieder Smejkal und Merinsky erörtern eingehend den für die Diener geschaffenen Härtenausgleich, der insofern eine große Entlastung hervorgerufen hat, daß die Bediensteten, welche vor dem Jahre 1902 angestellt wurden, dieser Begünstigung nicht teilhaftig geworden sind.

Bei Erörterung der Vorrückungsfristen für das in den Werkstätten beschäftigte Personal erwähnt Mitglied Ehr die Bestimmungen der Erlasse des Eisenbahnministeriums vom 19. Dezember 1911, Z. 58.518, betreffend die Gewährung von Vorrückungsbegünstigungen für die Diener, und Z. 58.516, betreffend die Normen für die Stabilisierung der bei den k. k. österreichischen Staatsbahnen verwendeten Professionisten, und beantragt, den mit 1. Jänner 1912 in der Gehaltsstufe von 1000 Kr. befindlichen Werkstättenbediensteten nachstehende Vorrückungsbegünstigungen zu gewähren:

- a) Jedem Diener, dessen Dienstzeit unter Einrechnung der provisorischen Dienstzeit mit 1. Jänner 1912 neun Jahre beträgt, wäre die nächstfolgende Vorrückungsfrist um ein Jahr zu kürzen.
- b) Jedem Diener, dessen gesamte Verwendungszeit unter Einrechnung der provisorischen Dienstzeit bis 1. Jänner 1912 10 bis 15 Jahre beträgt, wären die zwei nachfolgenden Vorrückungsfristen um je ein Jahr zu kürzen.
- c) Jedem Diener, der unter Einrechnung der provisorischen Dienstzeit mit 1. Jänner 1912 eine mehr als 15jährige Gesamtdienstzeit aufzuweisen hat, wäre eine außerordentliche Vorrückung und eine Abkürzung der nächstfolgenden Vorrückungsfrist um ein Jahr zu gewähren.
- d) Den in den Jahren 1895 bis 1898 mit 800 Kr. stabilisierten Professionisten sollen die zwei nächstfolgenden Vorrückungsfristen um je ein Jahr gekürzt werden.

Schließlich bringt Mitglied Ehr noch die Ernennung sämtlicher Werkstättenprofessionisten, die sich mit 1. Jänner 1912 in der Gehaltsstufe von 1400 Kr. befanden, zu Unterbeamten in Anregung.

Der Vorsitzende erwidert, daß die Einführung der zweieinhalbjährigen Vorrückungen eine sehr bedeutende Begünstigung für die Diener darstelle, welche sich in ihren Wirkungen schon in den nächsten Jahren deutlich fühlbar machen werde, über welche aber die Verwaltung nicht mehr hinausgehen werde und könne.

Bezüglich eines neuerlichen Härtenausgleiches bei den Professionisten müsse auf den Erlaß vom 5. Juli 1913, Zahl 28.806, verwiesen werden. Die sogenannten Härtenausgleiches seien nach seiner Ansicht überhaupt nur dazu angetan, das Personal in ewiger Unruhe zu erhalten; er sei daher ein prinzipieller Gegner weiterer derartiger Sonderbegünstigungen und müßte sich vielmehr dafür einsetzen, daß das Personalwesen endlich einmal den geregelten Gang nehme, der durch die Automatiknormen vorgezeichnet erscheint.

Hierauf werden die Anträge unter Aufrechterhaltung der im Sitzungsprotokoll des Jahres 1913 niedergelegten gegenständlichen Gutachten angenommen.

(Fortsetzung folgt.)

Inland.

Fahrbegünstigungen für Verwandte verwundeter und kranker Soldaten. Die österreichischen Staatsbahnen und alle größeren Privatbahnen in Oesterreich (die Südbahn auch für die ungarischen Linien), die bosnisch-herzegowinischen Landesbahnen, die Kaschau-Oderberger Bahn und die Militärbahn Banjaluka-Dobrin haben den Angehörigen kranker und verwundeter Soldaten zu deren Besuch eine 50prozentige Fahrbegünstigung für die Hin- und Rückfahrt bewilligt. Diese Begünstigungen gelten für Eltern, Gattinnen, Kinder und Geschwister und sind mit Bestätigungen der politischen Behörden (Polizeibehörden, Gemeinde- und Seelsorgeämtern) bei den Personalkassen anzusprechen.

Der Waggonmangel im böhmischen Braunkohlenrevier. Der Geschäftsgang in der böhmischen Braunkohlenindustrie könnte ein sehr befriedigender sein, wenn sich nicht gegenwärtig ein empfindlicher Waggonmangel fühlbar machen würde. Die Bestellungen dürften im allgemeinen zwischen 50 und 60 Prozent der Anforderungen schwanken, sich aber eher zu 50 Prozent neigen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß in diesem Quantum die Waggons enthalten sind, welche für die Beförderung der Regiekohle der Staatsbahnen und der für die Gemeinde Wien bestimmten Kohle (täglich ungefähr 300 Waggons) erforderlich sind. Schaltet man die für die beiden letztgenannten Zwecke bestimmten Waggons aus, so bleibt für die reguläre Kundschaft eine Waggonzahl übrig, die sich unter 40 Prozent des Bedarfs halten dürfte.

Die Kohlennot in Wien. In der letzten Zeit erschien beinahe jede Woche eine Verlautbarung der Regierung oder der Gemeinde, worin behauptet wurde, daß in Wien eine Kohlennot nicht besteht, die Zufuhr nach Wien genügend groß sei: nur mangle es — so wird weiter erklärt — an Fuhrwerk, um die Kohlen an Kleinhändler abliefern zu können. Die Gemeinde Wien ließ durch die Rathauskorrespondenz mitteilen, daß die Fuhrwerke, die sonst der Straßenreinigung dienen, zur Kohlenzufuhr verwendet werden. Ob diese vernünftige Maßnahme getroffen wurde, ist unbekannt. Sicher ist nur das eine, daß man bei den Kohlenhändlern noch immer keine Kohle bekommt, und wenn man glücklich einen Kohlenhändler, der Kohle verkaufen kann, antrifft, so gibt er die Kohle zu 10 Kilogramm, höchstens 50 Kilogramm ab, was dann glücklich für einige Tage ausreicht. Daß der Kohlenmangel zu ganz ungerechtfertigten und unerhörten Preistreibern benützt wird, versteht sich am Ende. Es wäre an der Zeit, wenn dem Jammer ein Ende bereitet würde. Statt unrichtige Berichte in die Welt zu senden, wäre es für die Bewohner dieser „bestverwalteten Stadt“ weit nützlicher, wenn sich die berufenen Leute der Gemeinde damit befassen würden, wie die Kohlennot in Wien beseitigt wird. Die Pflanzerei genügt hier nicht. Die Bewohner wollen endlich die vielen Versprechungen in Bezug auf die Kohlenzufuhr in die Tat umgesetzt wissen.

Zur Landsturmusterung. Von kompetenter Stelle wird verlautbart: Ehemalige Militärpersonen, welche eine staatliche Versorgung beziehen (Invalidenpensionen, Verwundungszulagen, Personalzulagen, Gnabengaben), haben bei der Landsturmusterung nicht zu erscheinen. Sollten solche bei der Musterung doch erscheinen, so werden selbe von den Musterungskommissionen zurückgewiesen werden.

Ein Ruf nach dem Parlament. J. W. Dobernig, der Abgeordnete von Klagenfurt, Mitglied des deutschen Nationalverbandes und seinerzeit Präsident der Delegationen, ergreift in der Grazer „Tagespost“ das Wort, um nachstehende Verwahrung zu sagen:

„Mit tiefer Beschämung blickt der österreichische Volkvertreter in diesen Tagen über die Grenzen. Das ungarische Parlament und der Deutsche Reichstag haben Kriegstagungen abgehalten, wir aber sind zum Schicksal verurteilt, wir können von jener Stätte aus, wohin unsere Mandatare uns entsendet haben, dem Kaiser nicht huldbigen, wie wir es so gerne möchten, wir dürfen die Helmen im Felde nicht grünen, wie es unsere Kollegen in Berlin und Budapest so feierlich getan; es ist uns auch verwehrt, an die Völker den Ruf erschallen zu lassen: Vertraut unserem Heere, unserer gerechten Sache! Die Schulfrage über das Schicksal des österreichischen Parlaments soll jetzt unerörtert bleiben. Der Tag der Abrechnung mit den Totengräbern des Parlamentes wird auch kommen. Bis dahin legen wir einen Beweis zum andern, damit bereinst angezeigt werden kann, in wem unverantwortlicher Art die wertvollen Kräfte, die im Parlament ruhen, missbraucht worden sind und das in einer Zeit in der andere Staaten ihre konstitutionellen Vertretungen als kostbare Instrumente hüten und die Völker mit Stolz zu ihren gewählten Vertrauensmännern aufbilden. Wir schweigen also, wovon wir aus warmem Herzen heraus reden müßten! Bei aller durch die Umstände gebotenen Zurückhaltung können aber auch wir nicht immer und in jedem Falle uns mit der Rolle stummer Zuhörer begnügen.“

Wir fügen dieser Erklärung nichts hinzu, sondern begnügen uns damit, diesen aus dem nationalen Lager schallenden Ruf nach dem Parlament festzuhalten.

Sozialpolitische Pflichten im Krieg. Die Pflicht einer dringlichen sozialen Fürsorge liegt heute, wo der große Krieg an die Existenz so vieler greift, nicht bloß auf dem Gebiet staatlich dekretierter Höchstpreise für wichtige Lebensmittel, die bekanntlich nun auch die österreichische Regierung angeordnet hat, sie erstreckt sich vielmehr auf alle Gebiete unseres sozialen Lebens. Gerade das Deutsche Reich hat in dieser Richtung wirklich bisher schon Vorbildliches geleistet, nicht nur indem man sofort nach Kriegsausbruch Ausfuhrverbote für im Inland während der Kriegszeit wichtige Behelfe und Artikel anordnete, sondern auch indem die einzelnen Militärkommandos der verschiedenen Orte sich in anerkennenswerter Weise für die Einhaltung und Durchführung gewisser sozialer Fürsorgeakte einsetzten. Wiederholt ist beispielsweise im Deutschen Reich von militärischer Seite darauf hingewiesen worden, daß bei Lieferungen für die Armee die mit den Arbeitern und Angestellten schon vor dem Krieg bestandenenen Abmachungen und Vereinbarungen aufrecht bleiben müssen, daß also das Arbeitsverhältnis nicht verächtet werden dürfe. Das ist natürlich ein Standpunkt, der allseits, und be-

Wonnert die Arbeiterpresse.

sonders auch bei uns, die höchste Beachtung verdient, nicht nur weil ja gerade in Kriegszeiten die soziale Lage aller jener durch die naturgemäß erhöhten Preise vieler Bedarfsartikel ungünstig beeinflusst wird, die auf festen Gehalt oder festes Lohnverkommen angewiesen sind, sondern weil — wie gerade in diesen Tagen von vielen Seiten anerkannt werden mußte — eine vernünftige Sozialpolitik überhaupt die Kräfte des staatlichen Organismus mehren und erhalten hilft. Dazu kommt aber auch noch weiters, daß der Krieg selbst manchen sozialen Berufsgruppen, wie es zum Beispiel die Angestellten des Verkehrs und der Eisenbahnen sind, vermehrte und erhöhte Leistungen auferlegt und deren Pflichtenkreis weit über das normale, für die Friedenszeit angelegte Maß hinaus erweitert. Danach unterliegt es vor allem keinem Zweifel, daß den bisherigen Errungenschaften der Eisenbahner besondere Sorgfalt auch bei uns zugewendet werden sollte, und zwar schon deshalb, weil die Tendenz immer offenkundiger wird, daß einzelne Dienststellen sich rechtlich bemühen, Rechte und Benefizien mit Berufung auf den Krieg zu schmälern. Aber gerade im Kriege sollte man den Angestellten und Arbeitern Zugeständnisse, die ihnen vor dieser Zeit gemacht wurden, nicht antasten oder schmälern wollen, ein Grundsatz, der mit Recht immer wieder von den deutschen Militärbehörden betont wird. Hoffentlich wird man sich auch bei unseren Staatsbahnverwaltungen an diese vorbildliche Mahnung halten.

Soziale Umschau.

Gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband hat die bayerische Regierung seit einigen Jahren scharf Stellung genommen. Die Zugehörigkeit zu dieser Organisation wurde den Eisenbahnern verboten. Jeder in den Eisenbahndienst Eintretende mußte einen Revers unterschreiben, daß er jenem Verband fern bleiben werde. Alle Bemühungen, selbst der ausdrückliche Verzicht auf das Streikrecht, haben die bayerische Regierung nicht von ihrem Standpunkt abbringen vermocht. Jetzt haben die freien Gewerkschaften Bayerns eine Eingabe an das Gesamtministerium gerichtet, in der um Aufhebung jenes Ausnahmezustandes ersucht wird. Es wird darin darauf hingewiesen, daß Zehntausende von Mitgliedern der freien Gewerkschaften unter den Fahnen stehen und zahlreiche bereits bei der Verteidigung des Vaterlandes gefallen oder verwundet sind. Das Verkehrspersonal hat, wie der Verkehrsminister ausdrücklich anerkannt hat, seine schwere Pflicht in mustergültiger Weise erfüllt. Trotzdem wird der demütigende Revers beibehalten. In Preußen sind mit Ausbruch des Krieges alle Ausnahmebestimmungen beseitigt worden; deshalb wird erwartet, daß auch in Bayern jener Revers endlich fallen wird. Der Ministerpräsident, Graf Hertling, hat wiederholt erklärt, das Koalitionsrecht der Arbeiter schützen zu wollen. Deshalb hoffen die Absender der Eingabe, daß er seinen Einfluß im Ministerrat einsehen wird, daß der Revers aus der Welt verschwindet.

Krieg und Außenhandel. Das russische Zolldepartement veröffentlicht interessante Angaben über den Handel Rußlands mit seinen Gegnern und Verbündeten. Danach stellt sich die Ausfuhr im Durchschnitt der letzten fünf Jahre: nach Deutschland auf 435 Millionen Rubel, nach Oesterreich-Ungarn auf 634 Millionen Rubel. Die Einfuhr aus Deutschland bezifferte sich auf 497 Millionen Rubel und aus Oesterreich-Ungarn auf 33 Millionen Rubel im Jahre. Der gesamte Handelsverkehr Rußlands mit den beiden Zentralmächten belief sich danach im Durchschnitt auf 1029 Millionen Rubel oder fast 2 1/2 Milliarden Mark im Jahre.

Die Ausfuhr aus Rußland nach Großbritannien belief sich in derselben Zeit auf 207 Millionen Rubel und nach Frankreich auf 94 Millionen Rubel im Jahr, während die Einfuhr aus Großbritannien nach Rußland sich auf 150 Millionen Rubel und aus Frankreich auf 56 Millionen Rubel bezifferte. Der gesamte Handelsverkehr Rußlands mit den beiden verbündeten Mächten belief sich also auf 607 Millionen Rubel oder auf nur über die Hälfte des Handelsverkehrs mit den jetzt in Rußland im Krieg liegenden Zentralmächten.

Ein ähnliches Bild würde sich ergeben, wenn man den Handel Englands und Frankreichs mit den verbündeten und gegnerischen Staaten vergleichen würde. Das bemerkenswerteste Kennzeichen des jetzigen Krieges besteht eben darin, daß gerade die Staaten, die wirtschaftlich am engsten miteinander verknüpft sind und deren Wirtschaftsverfassung ein Zusammenarbeiten erfordert, gegenwärtig in feindlichen Lagern stehen und sich gegenseitig bekriegen. Natürlich sind es auch gegensätzliche wirtschaftliche Interessen: der Kampf um äußere Märkte, der Kampf um die Welt Handelsstraße u. s. w., die dem Weltkrieg zugrunde liegen, aber wie klein sind diese Märkte, wie eng die in Betracht kommenden Interessentkreise in jedem Land, gemessen an dem gewaltigen Umfang der Märkte und der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in den großen kapitalistischen Staaten, die jetzt erbittert gegeneinander ankämpfen.

Notstandsarbeiten der preussisch-hessischen Staats-eisenbahn. In wie großem Umfang der preussische Staat in dieser Kriegszeit als Arbeitgeber seiner Aufgabe gerecht wird, durch Vergütung außerordentlicher Arbeiten und Aufträge das Seine zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu tun, geht, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hervorhebt, mit besonderer Klarheit aus den Maßnahmen der Staatsbahnenverwaltung hervor. Trotzdem sich der Bedarf für die Durchführung des Betriebes, die Erhaltung und Erneuerung ihrer Anlagen, die Vermehrung ihres Fuhrparks und die Erweiterung ihrer baulichen Einrichtung, der im letzten abgerechneten Jahre etwa 1100 bis 1200 Millionen Mark betrug, wesentlich vermindert hat, hat sich die preussische Staatsbahnenverwaltung entschlossen, von einer Einschränkung der Ausgaben abzusehen, insoweit dies wirtschaftlich sich noch irgendwie rechtfertigen läßt. Sie ging dabei von der Auffassung aus, daß es richtiger sei, die jetzt brachliegenden Straßen des Wirtschaftslebens mit Arbeiten zu beschäftigen, die wahrscheinlich wenigstens dem Bedürfnis späterer Zukunft dienen, als die Arbeiter zur Erwerbslosigkeit zu verurteilen und sie auf den Weg der Unterstützung zu verweisen. Dementsprechend setzte sie auf die Gefahr hin, mit steigenden Borräten rechnen zu müssen, auch die Beschaffung für den Betrieb, soweit irgendwie möglich, unverändert fort, nahm eine weitere Vermehrung des Fuhrparks in Aussicht und förderte die Bauausführungen zur Ausgestaltung der Bahnanlagen nach Kräften weiter. Man kann annehmen, daß rund 250 Millionen Mark Ausgaben, die sonst fortjallen würden, zur Förderung der Erwerbstätigkeit

aufgewendet worden sind. Die Zahl derjenigen Personen, die durch diese Maßnahme der Eisenbahnenverwaltung Arbeit gefunden haben, läßt sich, wenn man den Lohn und Stoffwert in der Arbeitsleistung eines Arbeiters auf 10 Mt. täglich anschlägt, so daß 250 Millionen Mark rund 25 Millionen Arbeitstagen entsprächen, bei halbjähriger Arbeit auf über 150.000 schätzen. Die Arbeit verteilt sich auf die verschiedensten Erwerbsklassen, auf Großunternehmer, Kleinunternehmer, Handwerker und Arbeiter. Es ist Vorsorge getroffen, daß die kleinen Unternehmer und die Handwerker besonders mit Rücksicht bedacht werden. Uebrigens ist für den gleichen Zweck durch die Bildung möglichst kleiner Lose bei der Vergütung von Arbeiten und Beförderungen Sorge getragen.

Deutsche Kriegsgefangene einer englischen Gewerkschaft. Der englische Seemannsverband hat für die in England festgehaltenen deutschen Seeleute mit Genehmigung der Regierung ein Musterhaftes Gefangenenerlager errichtet, in dem den Seeleuten nicht das mindeste fehlt. Für Nahrung, Unterhaltung und geistige Anregung ist im weitestem Umfang gesorgt. Der britische Seemannsverband hat alles getan, was in seiner Macht steht, um den deutschen Seesoldaten das Leben in England während des Krieges möglichst erträglich zu machen. Wenn er auch sein Vorgehen damit begründet, daß es sich vielfach um Mitglieder der eigenen Organisation handle, die seit unabsehbaren Zeiten mehr englisch als deutsch fühlten, so hat er doch in dieses Seemannsheim alle organisierten Seemannsleute ohne Unterschied aufgenommen und damit ein glänzendes Beispiel internationaler Zueversichtlichkeit gegeben.

Günstige Einnahmegerüstung der preussischen Eisenbahnen. Als stützender Beweis für die Gesundheit und Widerstandskraft des deutschen Wirtschaftslebens ist der Umstand zu bezeichnen, daß die Einnahmen der preussischen Staatsbahnen aus dem Güterverkehr im Oktober dieses Jahres gegen den gleichen Monat des Vorjahres trotz zahlreicher Tarifermäßigungen nur um 2 Prozent zurückgeblieben sind.

Aus dem Gerichtssaal.

Ueberanstrengung der Bahnwächter. Am 22. Juni d. J. gegen 12 Uhr nachts wurde der Fuhrwerker Franz Meisinger mit einem Wagen bei der Ueberführung der Straße über die Bahn nächst dem Wächterhaus Nr. 70 in Rainreith fuhr, in dem Augenblick, als er das Geleise passierte, von einem von Sigmundshergberg kommenden Zug erfasst und starb kurz nachher an den Folgen der schweren Verletzungen, die er erlitten hatte, noch während des Transportes in die nächste Station Höfelsdorf.

Wegen dieses Vorfalles erhob die Staatsanwaltschaft des Kreisgerichtes Krems gegen den Bahnwächter Alois Moschinger die Anklage wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens nach höherem Strafmaß, weil er laut bahnamtlicher und gerichtlicher Erhebungen nicht, wie vorgeschrieben, schon fünf Minuten vor dem erwarteten Eintreffen des Zuges den Schranken geschlossen hatte, dieser vielmehr bei Ankunft des Zuges noch halb offen stand.

Bei der am 27. November d. J. vor dem Kreisgericht Krems stattgehabten Hauptverhandlung verantwortete sich der von Dr. Leopold Krah aus Wien verteidigte Angeklagte Moschinger dahin, daß er damals in der achtzehnten Dienststunde stand, da er seinen Dienst seit 6 Uhr früh ununterbrochen versehen habe. In der Sommerzeit seien die Schranken für einen Zugsverkehr von über 40 Zügen zu bedienen. Außerdem sei an jenem Tag ein Waldbrand gewesen, den er mit seiner Frau zu erlösen hatte. Dies habe zwar nur zehn Minuten erfordert, doch habe er sich hierbei sehr aufgeregt. Uebrigens glaube er bestimmt, daß er schon fünf Minuten vor Ankunft des Zuges den Schranken schließen wollte. Da sei gerade das Fuhrwerk gekommen und habe ihn daran gehindert. Infolge seiner Handlangerne scheuten die Pferde und seien auf das Geleise gelangt. Der Fuhrwerk habe unter einer Blase geschlafen und konnte weder durch Zurufe noch durch Mitteln geweckt werden. Das Hankieren mit den Pferden habe ihn nun so lange in Anspruch genommen, bis der Zug kam. Auf Befragen des Vorsitzenden, warum er denn dem herankommenden Zug kein Haltzeichen mit der Laterne gegeben habe, erklärte er, daß er daran in seiner Aufregung nicht gedacht habe.

Der hierauf vernommene Zeuge, Lokomotivführer Pisek, gab an, daß ihm Moschinger sogleich nach dem Vorfall auf sein Befragen erklärt habe, er habe sich verspätet. Technisches ging aus dem verlesenen Gendarmeriebericht hervor.

Nach Schluß des Beweisverfahrens beantragte der Staatsanwalt Dr. Stelzl die Befragung des Angeklagten, weil seine Verantwortung, daß er schon fünf Minuten vor Einlangen des Zuges den Schranken schließen wollte, absolut nicht glaubwürdig sei.

Der Verteidiger Dr. Krah führte demgegenüber aus, daß die Verantwortung des Angeklagten sehr plausibel sei. Aber selbst wenn der Angeklagte sich damals verschlafen hätte und daher zum Schranken zu spät gekommen wäre, so wäre dies gar kein Wunder gewesen. Die Anforderungen, welche nämlich von der österreichischen Bahnverwaltung an die Bahnwächter gestellt werden, sind so groß, daß sie nicht mehr im Verhältnis zur Spannweite eines Durchschnittsmenschen stehen. Bei einem Unfall, der sich in der 18. Dienststunde eines Bahnwächters ereignete, muß erwogen werden, ob ein Mann, der den ganzen Tag über in frischer Luft gearbeitet hat, in der achtzehnten Stunde des Nachts noch jene Kraft besitze, um seiner Uebermüdung Herr zu werden. Wenn die Uebermüdung stärker ist als seine Widerstandskraft, dann kann von ihm nicht verlangt werden, daß er in einem solchen Zustand der vom Gesetz geforderten Aufmerksamkeit fähig sei. Der Verteidiger beantragte daher die Freisprechung.

Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende, Landesgerichtsrat Wobischläger, das Urteil, wonach der Angeklagte Moschinger freigesprochen wurde. Der Staatsanwalt behielt sich die Bedenkzeit vor.

Streiflichter.

Anton Weiguny. Eine schmerzliche Nachricht kommt aus Bregenz. Dort ist am Montag den 14. Dezember unser bewährter Genosse Abgeordneter Anton Weiguny gestorben. Mit Genossen Weiguny verliert die Sozialdemokratie in Oesterreich wieder einen ihrer Vorkämpfer, der an der Wiege der Partei stand und bis zum Tode treu zu ihr hielt. Weiguny war einer von der „alten Garbe“, der alle Verfolgungen in der Sturm- und Drangperiode der Partei mitmachen mußte und für seine Ueberzeugung, die größten Opfer brachte und stets zu bringen bereit war.

Ganz besonders verdient hat sich Genosse Weiguny um die Hebung der Parteibewegung in Oesterreich gemacht, wo er durch Jahre hindurch als erster politischer Vertrauensmann eine eifrige Wirksamkeit entfaltete. Unermüdblich wirkte er an der Aufrüstung der oberösterreichischen Arbeiter, schuf dort eine Bewegung, die sich würdig jener der in anderen Ländern Oesterreichs bestehenden zur Seite stellen kann.

Genosse Weiguny entstammte der Arbeiterklasse; seine Befähigung und sein Eifer, mit dem er die Sache des Proletariats verfolgte, brachten ihn in die öffentliche Wirksamkeit. Die Bregener Arbeiter wählten ihn in den Bregener Gemeinderat, dem er seit Jahren angehörte. Dort fand er in der Vertretung seiner Wähler stets das richtige Wort. Weiguny gehörte auch seit 1907 dem österreichischen Abgeordnetenhaus an. Mit allem, was unsere Partei in Oesterreich schuf, ist der Name Weiguny verknüpft. Genosse Weiguny war auch Herausgeber unseres oberösterreichischen Tagblattes „Wahrheit“. Er erreichte ein Alter von 63 Jahren.

Genosse Franz Stibor, ambulanter Wächter in Pension in Altenhof, zwischen der Haltestelle Stiefen und der Station Plank im Kamptal, ist am 12. d. M. gestorben. Am 4. Oktober wurde er 64 Jahre alt und seit 1. April 1912 ist er in Pension. Volle 34 Jahre hat er der Staatsbahn gedient und seit 1895 war er Mitglied der Eisenbahnerorganisation. Er war Gründer der seinerzeit vor der Auflösung des Eisenbahnerfachvereines im Jahre 1897 im Jahre 1895 gegründeten Ortsgruppe in Habersdorf am Kamp. Er war Obmann bis zur Auflösung der Ortsgruppe. Als dann die Zahlstelle in Krems an der Donau des Allgemeinen Reichstags- und Gewerkschaftsvereines errichtet wurde, war er schon in Altenhof. Da war er bis zu seiner im Jahre 1912 erfolgten Pensionierung Subkassier und Vertrauensmann, als auch die Zahlstelle in Krems in eine Ortsgruppe umgewandelt wurde. Auch war er lange Zeit Mitglied der politischen Organisation und lange Zeit der einzige Aufklärer der bäuerlichen Bevölkerung im Kamptal. Der verstorbene Bezirksvertrauensmann Neuwirt und auch sein Vorgänger Smital schätzten den Genossen Stibor sehr, weil er es war, der es unermüdet hatte, mit unseren Ideen in das Kamptal von Langenlois bis Horn einzubringen und bei jeder politischen Wahl auch jedesmal um einige Stimmen mehr zu erobern. Trotz seiner schlechten deutschen Aussprache war es ihm möglich, die Leute über unsere Bestrebungen und Ziele aufzuklären. Genosse Stibor war auch in tschechischer Sprache Dichter. Das „Pravo Libu“ und die „Rovnost“ haben öfter von ihm Gedichte in tschechischer Mundart gebracht. Stibor machte in den Achtzigerjahren die Prager Persekution mit und wurde damals von der Franz-Josefs-Bahn strafweise in eine rein deutsche Gegend nach Etsdorf bei Habersdorf am Kamp verlegt, er, der damals kein einziges Wort Deutsch sprechen konnte. Internationaler Sozialdemokrat blieb Stibor bis zu seinem Tode. Noch bei den letzten Reichstagswahlen hatte er kräftig für unseren Kandidaten agitiert.

Ein Mahnruf aus dem Felde wird in der Verbandszeitung der Drauzer- und Mühlenarbeiter veröffentlicht. Er ist die Antwort auf die traurige Mitteilung, daß in den Gewerkschaftsorganisationen immer wieder einzelne Mitglieder ihren Austritt erklären. „Was veranlaßt“, so fragt der Soldat, „die jahnenstüchtigen Kollegen, ihre Beiträge nicht mehr zu zahlen? Etwa daß ihnen nicht das „Glück“ beschieden ist, tagein, tagaus auf der Landstraße zu liegen und auf dem Scheunensur zu schlafen? O nein, das ist wohl nicht recht anzunehmen. Denn solche „Selben“, die ihre eigenen Kollegen in der bittersten Not im Stich lassen, haben auch nicht den Mut, ihr Leben fürs Vaterland aufs Spiel zu setzen. Das Zahlen der Extrabeiträge der Organisationen, ja, das ist des Rubels Kern. Sind denn diese Kollegen gänzlich mit Blindheit geschlagen? Sehen sie nicht, daß wir, die wir im Felde stehen, viel tausendmal mehr opfern müssen? Unser Leben, das Glück unserer Familien, alles wird aufs Spiel gesetzt, und dazu kommen tagein, tagaus die quälenden Gedanken: Wie wird es den armen Kindern gehen? Und dann, abgesehen von uns: hat uns nicht dieser Krieg Tausende und Abertausende von Arbeitslosen beschert, die hochzuhalten doch auch Aufgabe der Organisation ist? Ja, Kollegen, wir rufen euch aus dem Felde zu: haltet zur Organisation und baut sie

EISENBAHNERHEIM
V, Margaretengürtel 136, Haltestelle der Linie 18

Sonntag den 20. Dezember 1914 findet im grossen Saal ein

ELITE-KONZERT
der bestens bekannten Damenkapelle Matys nebst Variété-Einlagen

statt. Auftreten: Theo Wollner, Soloschauspieler; Rudolf Pacher, Gesangsdominik

Anfang 6 Uhr Entrée nur 60 Heller Ende 11 Uhr
(Organisierte Eisenbahner zahlen für sich und ihre Frau bloss die Hälfte. Die ermäßigten Eisenbahnkarten sind bei unseren bekannten Vertrauensmännern am Bahnhof zu haben.)
Alles Nähere stets im Sonntagsblatt der „Arbeiter-Zeitung“

Im Spelssaal konzertiert bis auf weiteres das **Schrammel-Terzett „D' Margaretner“** bei freiem Entrée — kein Absammeln — Für Absteigenden kein Trinkzwang

Voranzeige! An den drei Weihnachtsfeiertagen Christfest, Stephanitag und dem darauffolgenden Sonntag (25., 26. und 27. Dezember) finden Wohltätigkeitsveranstaltungen mit abwechslungsreichem Programm und dem gleichen Entrée statt. (1. Tag Theaterabend, 2. Tag Variétéabend und 3. Tag Kabarettvorstellung.) Auf Speisen und Getränke kein besonderer Preiszuschlag

Aviso für Weintrinker!
LAVISER HEURIGER (SPEZIALITÄT)
Unerreichtbare Güte, schlägt jede Konkurrenz — 1/4 Liter nur 20 Heller in der Schank

Boxener alter Hugelwein (Perle von Tirol)
Jahrgang 1908 — 1/4 Liter nur 40 Heller in der Schank
Anasendem stehen noch 260 Liter, Falkensteiner, Gumpoldskirchner, Mallberger, Ofener Rotweine, Matzner roth, Magdenener-Perle, Karlowitzer Tafelwein, Xeres, griechischer Süsswein erster Qualität, sowie verschiedene Sorten billiger Weine zur Verfügung — An Bieren wird **Pilsener Urquell** vom Fass und Ottakringer Spezialbräu ausgeschenkt

Café Eisenbahnerheim
Schönstes Café Margaretens
Grosser Zeltungspark. Alle bedeutenden Journale liegen auf dem Rendezvousort der Genossen der südlichen und westlichen Bezirke Tramway-Haltestelle vor dem Heim. Stadtbahn-Haltestelle Margaretengürtel, Stellwagenverkehr nach Hietzing und Stephansplatz die ganze Nacht hindurch
Die Genossen Eisenbahner werden ersucht, für die Veranstaltung in ihrem Heim Propaganda zu machen und es nach Möglichkeit selbst zu frequentieren

a u s! Kollegen! Keine größere Freude könnt ihr uns bereiten als die, zu zeigen, daß ihr ganze Männer seid, gewillt, uns nicht in erster Stunde zu verlassen. Wir wünschen, daß unsere Organisationen den Weltkrieg in ungeschwächter Kraft überdauern.

An die I. I. Staatsbahndirektion in Prag!

In der Station Eisenberg kommt es in letzter Zeit auffallenderweise oft vor, daß, wenn der Adjunkt Max Zenkar Verkehrsbediensteter hat, die Züge beim Disanzsignal wegen angeblichen Platzmangels längere Zeit halten müssen. Da Adjunkt Zenkar auch das Befehlsgewalt der Nachbarstationen von einer Änderung des Einfahrtsaleises für überflüssig findet, so ist die Möglichkeit geschaffen, daß durch derartiges Außerachtlassen der geltenden Vorschriften ein Unfall oder eine Verkehrsstörung leicht entstehen könnte. Da es im Interesse aller Bediensteten liegt, stets für die klugste Aufrechterhaltung des Betriebes zu sorgen, so ersuchen wir: Eine I. I. Staatsbahndirektion in Prag möge den Herrn Adjunkten Max Zenkar auf das eindringlichste auf seine Pflichten als Verkehrsbediensteter aufmerksam machen.

Verschiedenes.

Das ist der Krieg... Aus Warnsdorf wird der Arbeiterzeitung berichtet: Ein gebürtiger Warnsdorfer, der Reservist Ed. F., Konditor, derzeit wohnhaft in G., der an den Gefechten in den Karpaten teilnahm, hatte sich bei Züge ereignet. Mit einem Verwundetentransport kam er nach Wien, wo sich sein Bruder, der dort Lehrer ist, seiner annahm und ihn verpflegte. Von dort reiste er über Reichenberg nach Grottau. In einem Schreiben hatte F. seine Frau gebeten, ihm bis nach Reichenberg entgegenzukommen. Als nun Frau F. im Reichenberger Bahnhof die Stiege hinaufgehen wollte, gewährte sie einen gebrechlichen Mann mit weißen Haaren, der mit aller Mühe, auf zwei Stühle sich stützend und mit einer Hand am Arm, dem Bahnsteig zuzuging. Aus Mitleid wollte sie dem Mann die Hand abnehmen und ihm gehen helfen. Doch wer begriff ihren Schmerz, als sie nach einigen Worten den Fremden erkannte: es war ihr eigener Mann. Bewußtlos brach die Frau zusammen. Herr F. weilt nun in Leitmeritz und befindet sich, wenn auch langsam, auf dem Weg der Besserung.

Die Tragik des Krieges. Die Allgemeine deutsche Gebarnungszeitung schreibt in ihrer Nummer 20: In der Nähe von Joffingen in der Schweiz wohnt eine Frau, die von Geburt Schweizerin ist. Sie heiratete einen Deutschen und gebar ihm zwei Söhne. Nach dem Tode ihres Mannes heiratete sie wieder, einen Franzosen, und schenkte ihm ebenfalls zwei Söhne. Als nun der Krieg ausbrach, mußten die beiden Ältesten in die deutsche, die beiden Jüngeren in die französische Armee eintreten. Die Brüder wurden so „Feinde“ und sind bereits im Kampf gefallen.

Ein serbischer Sozialistenführer gefallen. Die serbische Sozialdemokratie trifft ein schweres Schicksal. Am 20. November ist in der Schlacht an der Linie Lazarevac-Mionica durch einen Granatsplitter Genosse Demetrius Tuhowitsch getötet worden. Er war ein Führer im politischen wie im Gewerkschaftskampf. Er war der Denker, der Theoretiker des Sozialismus in Serbien. Fünf Jahre lang redigierte er das wissenschaftliche Organ der serbischen Sozialdemokratie, die „Borba“ („Kampf“). Wertvoll sind die zahlreichen Artikel, in denen er die theoretische Schulung des serbischen Proletariats förderte. Er schrieb auch für deutsche Parteipublikationen, insbesondere für die „Arbeiterzeitung“. Wegen des Krieges sowie gegen die Politik jener serbischen Eliten, die diesen Krieg mitverursacht haben, hat Tuhowitsch und mit ihm die ganze Partei bekanntlich heftigen Protest erhoben. Nicht allein aus allgemein proletarischen Gründen, sondern auch in dem Bewußtsein, daß die nationale Frage des serbischen Volkes durch friedlichen Ausgleich mit Oesterreich sicherer zu lösen sei als durch einen mörderischen Krieg im Gefolge des Zarisismus.

Worüber sich ein eingerückter Vertrauensmann selbst im Schützengraben Sorgen macht, beweist eine Feldpostkarte eines eingerückten Eisenbahners, der zugleich Vertrauensmann der Organisation war. Er schreibt nämlich unter anderem: „... Ist in der Ortsgruppe alles in Ordnung? Sorgt dafür, daß die Mitglieder nicht lau werden, und ihren Pflichten nachkommen, denn nach dieser schweren Zeit werden wir wohl der Organisation sehr bedürfen.“

Aus den Organisationen.

Stauding. Infolge Einberufung des Obmannes Genossen Josef Schneider hat die Funktion der Zahlstelle Genosse Rudolf Sawrosch übernommen. Sämtliche Zuschriften sowie Mitgliedsbeiträge sind an den Genossen Rudolf Sawrosch, Portier der I. I. Nordbahn in Stauding (Wahnsdorf) zu richten. Ferner werden die Mitglieder höflich ersucht, ihre Mitgliedsbücher bis zum 20. Dezember behufs Kontrolle abzugeben. Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, werden ersucht, dieselben bis zum Jahresabschluss zu begleichen. Auch die Bibliotheksbücher sind behufs Kontrolle abzugeben.

Willach II. (Todesfall) Am 9. Dezember d. J. starb in Wien an den Folgen einer Operation Genosse A. Fitzner, Lokomotivführer in Willach. Genosse Fitzner war seit dem Jahre 1902 stets ein treues Mitglied unserer Organisation. Wir werden dem Verstorbenen jederzeit ein treues Angedenken bewahren.

Wolkersdorf. Die Adresse des Obmannes ist Leopold Schiller Bahnwärter auf Posten 15, Post Döberdorf in Niederösterreich.

Fering. Die Mitglieder werden ersucht, die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle bis 30. Dezember d. J. abzugeben. Jene Mitglieder, die sich mit den Monatsbeiträgen im Rückstand befinden, werden aufgefordert, ehestens nachzuzahlen, damit in der Zustellung des Fachblattes keine Unterbrechung eintritt und die erworbenen Ansprüche nicht verlustig werden.

Bragerhof. Die Mitglieder werden ersucht, die Mitgliedsbücher behufs Kontrolle sofort an den Kassier abzugeben. Die Restanten werden aufgefordert, ehestens nachzuzahlen, damit der Jahresabschluss mit der Zentrale rechtzeitig fertiggestellt werden kann.

Steinbrunn. Behufs Erstellung des Jahresberichtes und Abrechnung mit der Zentrale werden die Mitglieder ersucht, die Mitgliedsbücher abzugeben und etwa restierende Monatsbeiträge nachzuzahlen. Ausgeliehene Bibliotheksbücher sind ebenfalls zu retournieren.

Kaaden. Die Mitglieder werden ersucht, sich zu einer gemeinsamen Besprechung betreffs Schaffung eines Kriegsfürsorgefonds für die zum Militär Eingerückten und deren Angehörigen am 27. Dezember im Gasthaus des Herrn Hahnemann in Köferte a. d. E. bestimmt und zahlreich einzufinden.

An alle unsere Mitglieder.

Trotz wiederholter Aufklärung der Angehörigen der zum Militär eingerückten Mitglieder mehren sich immer noch die Fälle, daß für Mitglieder, die dem Hinterbliebenen-Unterstützungsfonds angehören, nur 50 Heller per Monat als Mitgliedsbeitrag gezahlt werden.

Diese Ansicht ist falsch und wir wiederholen nochmals, daß eine Änderung für die Mitglieder des Hinterbliebenen-Unterstützungsfonds nicht eingetreten ist.

Es ist jetzt ebenso wie früher der Monatsbeitrag von Kr. 1.70 zu bezahlen. Wir erwarten, daß diese Aufklärung überall zur Kenntnis genommen wird, damit die Rechte und Ansprüche der im Felde stehenden Mitglieder gewahrt bleiben.

An unsere geehrten Kassiere und Evidenzführer!

Es kommt sehr häufig vor, daß mancher Genosse, anstatt regelmäßig allmonatlich abzurechnen, erst in zwei oder gar in drei Monaten abrechnet. Wir ersuchen daher die Genossen in ihrem eigenen sowie im Interesse der Mitglieder, jeden Monat abzurechnen. Die Monatsbeiträgecoupons ersuchen wir, um der Zentrale die Verwaltungskosten zu ersparen, arithmetisch (die Coupons für die S. U.) ebenfalls nach Mitgliedsnummern zu legen und mit einem Bindfaden zu binden. Der ausgefüllte Scheckschein sowie die bilderte und mit dem Ortgruppenstempel versehene Kassabuchabschrift ist unbedingt der Couponsendung beizulegen.

Bezüglich des Briefpostos wollen wir nur folgendes anführen: Es kommt häufig vor, daß mancher Genosse die Couponsendung in drei bis vier Doppelbriefen, welche zusammen nicht einmal 200 Gramm betragen, einwendet, und wir machen sie daher aufmerksam, daß ein Doppelbrief, 1/2 Kilogramm, das heißt bis zu 250 Gramm 20 S. kostet; nur wo das Gewicht 250 Gramm übersteigt, ist die Sendung in zwei Briefe zu teilen oder als Paket zu behandeln. Niemals aber dürfen solche Sendungen als Drucksache versendet werden und wir bitten Sie, sich danach zu richten.

Achtung, Mitglieder der Hinterbliebenenunterstützung!

Jene Mitglieder, welche mit den Monatsbeiträgen im Rückstand sind, werden freundlichst aufgefordert, die restierenden Beiträge nachzuweisen, da gegen die säumigen Mitglieder nach dem Punkt 10 des „S. U.“-Statuts vorgegangen wird. Nach dreimonatigem Rückstand verliert jedes säumige Mitglied seine früheren Ansprüche und Rechte.

Mitteilungen der Zentrale.

Zentralausschussung am 9. Dezember 1914. Berichte und Diskussion über die gegenwärtige Situation und die Mitgliederbewegung in der Organisation. Erledigung des vorliegenden Einlaufes.

Verwaltungskomiteesitzung vom 16. Dezember 1914. 1. Unterstützungen: a) Hinterbliebenenunterstützungsfonds, 41 Fälle, bewilligt 5425 Kr.; b) Hoffonds, 35 Fälle, 33 Fälle bewilligt 650 Kr., zwei Fälle abgewiesen; c) Verein, 44 Fälle, 41 Fälle bewilligt 880 Kr., drei Fälle abgewiesen. 2. Rechtschutz: 59 Fälle bewilligt. 3. Expensnoten für 161 Fälle bewilligt Kr. 18.990.95. Entgegennahme der schriftlichen Berichte der Provinzsekretäre und Erledigung des vorliegenden Einlaufes.

Mitteilungen der Administration.

An alle Funktionäre der Ortsgruppen und Zahlstellen sowie an alle Kalenderabnehmer.

Mit Rücksicht darauf, daß eine größere Anzahl von dem neuen Eisenbahnerkalender per 1915 seit Anfang September im Umlaufe sich befindet und verkauft sein muß, ersucht der Verlag um umgehende Einsendung der bereits entlassenen Beiträge.

Die Genossen der Kontrolle werden gebeten, ihre Tätigkeit auch auf diesen Teil der Verwaltung auszuweihen.

Außerdem machen wir nochmals besonders aufmerksam, daß die Kalenderauflage vor dem Kriege bestellt wurde, die für normale Zeiten berechnet war. Um zu verhindern, daß uns eine große Anzahl unverkauft auf Lager liegen bleibt, was uns einen großen Schaden bringen würde, ersuchen wir um eine recht rege Propaganda.

Sprechsaal.

An die I. I. Staatsbahndirektion in Willach!

Das Werkstättenpersonal von Amstetten sowie das in Amstetten stationierte Zugbegleitungspersonal erlaubt sich die höfliche Anfrage, wann die per Oktober d. J. fälligen Uniformen zur Ausgabe gelangen, da viele jetzt in der strengen Winterkälte die neuen Uniformstücke dringend benötigen.

Samlungsausweis.

Sammlungen für den Unterstützungsfonds der Organisation (Zentrale). IX. Ausweis.

Die Angestellten unserer Organisation: dreiprozentiger Abzug vom Gehalt, siebente Rate Kr. 148.58. Hierzu die bereits in den letzten Ausweisen angeführten Kr. 1532.49, macht zusammen eine Summe von Kr. 1681.07.

Sammlungen, welche von den Ortsgruppen im eigenen Wirkungsbereich eingeleitet und auch zur Verteilung gelangen.

Brannau a. Inn. Die für die Angehörigen der eingerückten Mitglieder eingeleitete Sammlung hat einschließlich der Kalenderprovision (11 Kr.) zusammen Kr. 28.60 ergeben.

Eisenerz. Bei der am 28. Oktober abgehaltenen Ausschussung wurde beschloffen, Sammlungen zu veranstalten. Die Sammlungen ergaben als erste Rate 33 Kr. und verbleibt dieser Betrag in der Verwaltung des geschäftsführenden Ausschusses. Wir danken im Namen aller derjenigen, welche einmal diese Hilfe beanspruchen werden, und appellieren an die nicht eingerückten Genossen, dieses humanitäre Unternehmen womöglich mit dem kleinsten Scherstein auch weiterhin auf das tatkräftigste zu unterstützen.

Borberberg. Am 20. September wurde vom Ausschuss beschloffen, einen Unterstützungsfonds für verwundete Vereinsmitglieder oder deren in Not geratenen Familien zu gründen. Ein jedes zu Haus gebliebenes Vereinsmitglied soll monatlich einen kleinen Beitrag freiwillig zeichnen. In der jetzigen ernsten Zeit muß der Wahlpruch doppelt gelten: Alle für einen, einer für alle. Es wird zur besonderen Kenntnis gebracht, daß dieser Antrag nur in der Zeit vom 1. Oktober bis Ende des Krieges Geltung hat. Bis jetzt in den Monaten Oktober, November und Dezember gesammelter Betrag Kr. 59.84.

Weiters wird in Erinnerung gebracht und die Genossen ersucht, die Beiträge für die Gewerkschaft pünktlicher zu zahlen, denn durch einen dreimonatigen Rückstand der Beiträge verliert das Mitglied alle Ansprüche an den Verein.

Insertate. Für den Inhalt der Insertate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung. Immer geartete Vorantwortung.

Bestellen Sie Stoffreste. Soviele Waare nur für ein paar Kronen. Ein Paket enthaltend 50 bis 60 Meter der besten Reste von Damenmodestoffen auf Kleider und Blusen, Kanevas, Leinwand, Flanellen, Barchenten u. a. nur für K 24.— franko per Nachnahme oder halbe Pakete für K 12.— unfrankiert. Zu einer jeden Bestellung wird ein wertvolles Geschenk gratis beigelegt. Berufen Sie sich aber auf den „Eisenbahner“: Eigene Erzeugung in Nachod.

Eine Kriegshilfe! Echten Rum, Arrak. Kognak, feinsten Liköre, Punsch sowie Bier, Limonaden u. s. w. können Sie im Haushalt durch Selbstherstellung leicht nachbilden. Sehr vorteilhaft als Spende für unsere Truppen! Sie erhalten von mir ein 182-seitiges Buch mit Rezepten und 1 Flasche Likör umsonst gegen Portovergütung von 20 h in Marken. Max Noa, kgl. Hoflieferant von Spanien und Griechenland Bodenbach a. E. Nr. 182

Rum-Essenz I. zur Selbsterzeugung von 5 Liter feinstem Rum K 1.20, 3 Flasch. bloss 3 K sende franko jeder Poststation per Nachnahme mit Gebrauchsanweisung. Mitschmanns Essenzen-erzeugung, Kumpoletz 151

Asthma-leidende. erhalten gratis auch heuer wieder eine Probe von Heinemanns Original-Kräutertee wenn sie gleich darum schreiben. Er hat sich gegen das schreckliche Leiden bestens bewährt. Adressieren Sie an Herrn Albert Heinemann, Hamburg 36. Postfach.

Sped. frisch ohne Schwärze für Schmal, frisches Schweinefleisch, handgezeichnete Schinken und Schweinefleisch, Schwärze liefert billigst A. Zeigler in Kranichfeld, Untersteinmarkt. Preisblätter franco.

MÖBEL. Wiens beste u. billigste Einkaufsquelle ist die in Eisenbahnerkreisen allbekannte und langjährig bestehende Fünfhauser Möbelniederlage. Wien XV/1, Mariahilferstrasse 142 (neben der Löwendrogerie). Politerte Zimmereinrichtungen von 140 Kr. aufwärts; Kücheneinrichtungen von 40 Kr. aufwärts; moderne Küchen, weiß, von 70 Kr. aufwärts; Schlaf- und Speisestimmer von 240 Kr. aufwärts; Wäschkasten von 60 Kr.; Betteneinlage von 9 Kr.; Matratzen von 12 Kr.; einzelne Möbel billigst. Kleiner Preis-Katalog für Provinz gratis. Großes Möbelalbum für 90 Heller in Briefmarken franco. Briefliche Bestellungen streng reell wie bei persönlicher Auswahl. Zufuhr in alle Bezirke und Tabnhöfe frei. Warnung! Achten Sie genau auf meine Firma Fünfhauser Möbelniederlage und meine Schutzmarke „Kondenteur“, welche als Kennzeichen meines Geschäftes in Lebensgröße in meinem Schaufenster ausgehängt ist. Lassen Sie sich nicht verführen. Sie sind erst dann beim richtigen Geschäft, wenn Sie neben Schutzmarke, Firma und Namen auf gelben Schildern vor dem Geschäftstotal sehen.

